Einzelpreis 15 Pfennig • 2. Jahrgang Mittwoch, den 15. Oktober 1919 Nr. 497 / A 271 • Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.— M., bei direktem Postbezug monatl. 4.65 M., bei Zustellung unter Streifband für Deutschland 6.30 M., für Ausland 7.50 M., per Brief 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2893 und 2896.

Inserate kosten die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 1,20 Mk., Werbeanzeigen das fettgedruckte Wort 80 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf. Teuerungszuschlag 20 Proz. Bei Familien- u. Versammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19. Fernsprecher: Amt Norden 1768

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Massenkundgebungen der Berliner Arbeiter.

Pressеverbot und Belagerungszustand.

Dem Ruf der U.S.P.D., gegen die Schande des Belagerungszustandes zu protestieren, haben am gestrigen Abend Zehntausende Berliner Arbeiter Folge geleistet. Die Herrschaften, die sich in dem holden Wahne wiegen, die Anhängerschaft der Unabhängigen Partei beginne zu zerbröckeln, hätten sich durch eigene Inaugenscheinnahme überzeugen können, daß das Gegenteil der Fall ist. Sämtliche Säle waren überfüllt, an vielen Stellen mußten Nebenversammlungen anberaumt werden, um den Zuströmenden Gelegenheit zu geben, ihren Protest gegen die Gewaltmaßnahmen der Regierung kundzutun. Wo die Anberaumung einer Nebenversammlung nicht möglich war, mußten Hunderte Versammlungsbesucher wieder nach Hause gehen. Dies war vor allem bei den Schulaulen der Fall, die bis zum Brechen voll waren und viele Personen zur Umkehr zwangen.

Die Versammlungen nahmen einen ruhigen und geschlossenen Verlauf. Von den anwesenden Rechtssozialisten hat sich keiner zum Wort gemeldet. Es dürfte auch allzu schwer geworden sein, gegen die Ausführungen der Referenten Stellung zu nehmen. Der Belagerungszustand und die ihm entspringenden Gewaltmaßnahmen der Regierung sind nach dem Inkrafttreten der Verfassung nicht nur ungesetzlich, sie sind zugleich eine Schande in den Augen der gesamten gesitteten Welt. Denn die Regierung schädigt durch ihre Gewaltakte nicht nur das Ansehen der Demokratie, deren berufenster Verfechter sie sein will, sondern sie schändet dadurch auch die Sache des Sozialismus, da gerade dessen angebliche Vertreter in der Regierung die eifrigsten Befürworter des Belagerungszustandes sind und diesen geradezu zur Sicherung des Bestandes ihrer Partei in Anwendung bringen. Die Versammlungsredner legten auch die Notwendigkeit des Kampfes gegen den Militarismus dar und rechtfertigten insbesondere den Standpunkt der U.S.P.D. zum Friedensvertrag und zu unserer auswärtigen Politik. Es braucht ja kaum noch einem Arbeiter gesagt zu werden, daß der von Noske geförderte Militarismus im neuen Deutschland sich in nichts von dem alten Militarismus unterscheidet, und daß deshalb der Kampf gegen ihn nur eine Fortsetzung ist, allerdings mit dem Unterschied, daß sich die Rechtssozialisten heute mit dem Militarismus verbrüdert haben, daß ihre Politik von ihm in entscheidender Weise beeinflußt wird und daher die Unabhängigen, als Hüter des sozialdemokratischen Programms, den Kampf allein gegen diese Geißel der Menschheit führen müssen. Und daß die Arbeiterschaft entschlossen ist, diesen Kampf nicht abzubrechen, das haben gerade die gestrigen Versammlungen gezeigt.

Bei der Besprechung des baltischen Abenteuers, welches, ein ausgesprochenes Werk der Militaristen, das deutsche Volk in eine so ungeheure Gefahr gebracht hat, hätte die Regierung erfahren können, wo die wirklichen Lügner sitzen. Mit Hohn und Entrüstung nimmt die Arbeiterschaft von dem Doppelspiel, das die deutsche Regierung in Kurland betrieb, Kenntnis. Es war jedem Arbeiter klar, daß gerade wegen des scharfen Kampfes der „Freiheit" gegen die Baltenpolitik das Verbot gegen sie mit ausgesprochen wurde. Auch der Kampf der Metallarbeiter kam in den Versammlungen zur Sprache und unter lebhafter Zustimmung wurde darauf hingewiesen, daß an einem glücklichen Ausgang des Kampfes die gesamte deutsche Arbeiterschaft interessiert sein muß.

Spitzel der Regierung hatten ausfindig gemacht, daß nach den Versammlungen Umzüge in das Innere der Stadt geplant seien. Der Wunsch war hierbei der Vater des Gedankens. Wir glauben es der Regierung gerne, daß sie sich in ihrem Gewaltsystem nicht mehr ganz sicher fühlt, trotz aller Kanonen und Maschinengewehre. Aber die Arbeiterschaft wird der Regierung dennoch nicht den Gefallen erweisen, ihr gerade gegenwärtig durch Umzüge Gelegenheit zum Eingreifen und zu einer Verewigung des Belagerungszustandes zu geben. Das Gewaltsystem der Regierung ist gerichtet! Die Arbeiterschaft wird ihren Kampf fortsetzen und sie wird siegen über alle Hindernisse hinweg, die sich ihr in den Weg stellen. Das haben die gestrigen Versammlungen wiederum gezeigt.

Die in den Versammlungen angenommene Resolution hatte folgenden Wortlaut:

„Wir verlangen Aufhebung des Belagerungszustandes, Freilassung der politischen Gefangenen, Aufhebung aller Presseverbote und aller sonstigen arbeiterfeindlichen Maßnahmen der Regierung.

Belagerungszustand, Presseverbote, Schutzhaft, politische Verfolgungen richten sich nur gegen die vorwärtsdrängende Arbeiterschaft. Sie stärken deshalb die Konterrevolution und haben die revolutionäre Bewegung in eine Sackgasse gebracht.

Die immer schärfer werdende innere Krise, verbunden mit den äußeren Verwicklungen, verlangen Bewegungsfreiheit für die politische Aktion des Proletariats. Denn nur durch die regste politische Betätigung der Arbeiterschaft kann die nationalistische und militaristische Gefahr bekämpft werden.

Einer Regierung, die entgegen den klaren gesetzlichen Bestimmungen den Belagerungszustand aufrecht erhält, sich der Presseverbote und der Verfolgungen als Mittel im Kampf gegen ihre politischen Gegner in der Arbeiterschaft bedient, steht die Arbeiterschaft mit dem allerschärfsten Mißtrauen gegenüber. Sie wird deshalb diese Regierung weiter mit aller Entschiedenheit bekämpfen."

*

Einen besonders starken Besuch hatte die Versammlung in der Müllerstraße aufzuweisen. Die Aula und die Turnhalle waren lange vor Beginn überfüllt. Einige 1000 Besucher füllten noch den Schulhof. Die Genossin Agnes sowie die Gen. Henschel und Linke fanden mit ihren Ausführungen stürmischen Beifall.

In den Germaniasälen sprach A. Hoffmann vor einer dichtgedrängten Zuhörerschar. Seine Ausführungen wurden wiederholt von Beifall unterbrochen.

Alexis Festsäle in der Hasenheide waren überfüllt. Gen. Regge fand großen Beifall. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Tausende Besucher fanden keinen Einlaß.

Die Versammlung in der Greifenhagener Straße war von ca. 1000 Personen besucht. Gen. Vogt referierte. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

In den Unionssälen, Greifswalder Straße referierte Gen. Weise über das Thema des Tages. Auf dem Hof sprach vor einer Parallelversammlung Gen. Neumann.

In der Gleimstraße war die Schulaula überfüllt. Genosse Schröder referierte. In einer nötig gewordenen Nebenversammlung sprach Gen. Hübener. Die Resolution wurde in beiden Versammlungen einstimmig angenommen.

Die Versammlung in der Waldemarstraße war überfüllt, es mußte noch eine Parallelversammlung abgehalten werden. Die Genossin Zietz und Gen. Krause referierten. Die Resolution wurde widerspruchslos angenommen.

In der Grünthalerstraße reichte die vorgesehene Schulaula nicht aus, so daß noch eine zweite Versammlung einberufen werden mußte. Gen. Schindler referierte. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Viele Besucher mußten umkehren, da sie keinen Platz mehr fanden.

In der Schulaula in der Tilsiter Straße sprach vor einer überfüllten Versammlung Genosse Robold. Die Versammlung brachte auch den streikenden Metallarbeitern eine Sympathiekundgebung dar.

In der Schulaula in der Glogauer Straße sprach Gen. Leid. Schon lange vor Beginn war die Versammlung überfüllt.

Gen. Dr. Weinberg sprach in Graumanns Festsälen in der Naunynstraße. Seine Ausführungen fanden starken Beifall.

In den Andreasfestsälen sprach Gen. Kunert vor einigen tausend Besuchern.

Auch die Versammlung in der Königsbank, Frankfurter Straße, war sehr stark besucht. Gen. Köhler referierte.

Die Schulaula in der Senefelderstraße war von ca. 800 Versammlungsbesuchern gefüllt. Gen. Zeumer referierte.

In Lichtenberg hatte man zwei Versammlungen einberufen. Doch mußte man noch den großen Garten im Café Bellevue zu Hilfe nehmen, um alle Versammlungsbesucher unterzubringen. Referenten waren die Gen. Brühl und Mehrhof.

Die Versammlung im Börsensaal des Viehhofs war von ca. 4000 Besuchern gefüllt. Gen. Urich fand großen Beifall.

In Schöneberg sprach Gen. Henke vor überfüllter Versammlung und fand mit seinen Ausführungen stürmischen Beifall.

In Stralau war zu heute abend eine Versammlung mit dem Thema: „Heraus aus der Kirche" einberufen worden. In der Versammlung wurde auch das Thema „Belagerungszustand" behandelt. Die Resolution zu den heutigen Protestversammlungen wurde am Schlusse verlesen und einstimmig angenommen.

In Pankow fand die Versammlung bei Lindner, Breite Straße, statt. Der Saal erwies sich als viel zu klein. Gen. Göbel referierte.

In Oberschöneweide waren 1200 Besucher erschienen. Gen. Schneider-Neukölln sprach in Tegel vor einer überfüllten Versammlung. Die Resolution fand einstimmige Annahme, doch wurde ein Zusatz angefügt, der verlangt, sofort in engere Beziehungen zu Rußland zu treten.

Ueber die Räteorganisation und ihre Aufgaben.

Von Artur Crispien.

III.*)

Die Arbeiterklasse muß die politische Macht erobern und — das ist entscheidend — behaupten. Solange behaupten, bis der Sozialismus verwirklicht und damit jede Klassengesellschaft und Klassenherrschaft aufgehört hat. In der Uebergangszeit vom Kapitalismus zum Sozialismus herrscht also die Diktatur des Proletariats.

Genosse Koenen wendet sich in seinem Vortrag über „Deutschlands sozialistischen Räteaufbau" gegen die Kommunisten, „die mehr nach russischem Muster glauben, daß die Diktatur des Proletariats auch ohne daß die Masse alles durchdringt, von wenigen einzelnen über die Köpfe des Proletariats hinweg ausgeübt werden könnte, wie das in Rußland durch Lenin und Trotzki geschieht. . . . Aber wenn manche Kommunisten glauben, daß in Deutschland in derselben Weise Revolution durchzuführen sei, so ist das ein Irrtum. Bei uns soll die Diktatur des Proletariats auch wirklich die Herrschaft des gesamten Proletariats, die Herrschaft der alles durchdringenden gesamten Arbeiterklasse sein".

Kurz darauf sagt Koenen:

„In Deutschland aber muß sich eine wirkliche sozialistische Zentralgewalt auf die gesamte sozialistische radikale Arbeiterschaft, auf die revolutionären Proletarier in ihrer Masse stützen können, und die Masse muß in Deutschland mit dabei sein, wenn es heißt, die eigenen Geschicke zu entscheiden."

Ich nehme an, Genosse Koenen will zum Ausdruck bringen, daß sich die sozialistisch-revolutionäre Mehrheit des Proletariats auf die gesamte Arbeiterklasse stützen muß.

Die Arbeiterklasse ist in Deutschland längst die ungeheure Mehrheit der Gesellschaft. Diese Mehrheit ist so groß, daß sicher schon die Mehrheit des Proletariats die politische Macht — im Interesse der ungeheuren Mehrheit der Gesellschaft — erfolgreich gegen die besitzenden Klassen behaupten kann. Um so mehr, weil die herrschende Mehrheit des Proletariats durch rasche, entschlossene sozialistische Taten sehr bald auch den Rest der Arbeiterklasse für sich gewinnen wird.

Für die Diktatur des Proletariats ist das Rätesystem unerläßlich. In der Zeit bis zur Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat haben unsere Genossen auf der Grundlage des Rätesystems planmäßig und zielbewußt gearbeitet. Sie haben jede Gelegenheit benutzt, um die Räteorganisation auszubauen, um in ihre verschiedensten Organe und Instanzen einzudringen und immer stärker vertreten zu sein. Durch ihre Tätigkeit in den Betriebsräten sind unsere Genossen zu immer engeren Verbindungen mit den großen Massen der Schaffenden in den Betrieben selbst gekommen, haben sie in immer stärkerem Maße das Vertrauen der Massen gewonnen. Ueberall in den Industriezentren sind in den Betriebsräten sozialrevolutionäre Mehrheiten vorhanden. Die revolutionären Rätegenossen bilden die Kaders der Arbeiterklasse. In Zeiten, wo die revolutionären Wogen hoch gehen, wo die Massen in Bewegung geraten, werden sie um so rascher in die Kaders eingereiht werden, je sicherer und zielbewußter die Kaders handeln. Das können sie aber nur, wenn sie durch die Schulung der Partei von sozialistischem Geist erfüllt sind. Die Führung der Massenbewegung liegt in den Händen der Partei. Durch die Partei über die Kaders vermag sich eine sozialrevolutionäre Regierung auf die Massen zu stützen, verkörpert sie als oberstes Organ der Massen die Diktatur des Proletariats. So wichtig wie die Räteorganisation für den Sieg der proletarischen Revolution ist, so wichtig ist eben auch die Partei. Beide haben ihre besonderen Aufgaben. Aus dem Zusammenwirken beider ergibt sich das Gelingen.

Im dritten Abschnitt schildert Genosse Koenen den wirtschaftlichen Räteaufbau. Er geht davon aus, daß die völlig zerrüttete Produktion eine planmäßige sozialistische Neuorganisation erfordert. Leider läßt uns der Vortrag völlig im Unklaren darüber, daß sich sein Verfasser dessen bewußt ist, daß eine sozialistische Neuorganisation der Gesellschaft nur von Sozialisten durchgeführt werden kann. Und daß Sozialisten sie erst durchführen können, wenn sie über die politische Macht verfügen. Diese Klarstellung vorausgesetzt, stimme ich dem grundsätzlich zu, was Genosse Koenen über den wirtschaftlichen Räte-

*) Siehe Nr. 494 und 495 der „Freiheit".

aufbau sagt. Danach wird die gesamte Wirtschaft nach Industrie-, Handels- und Verkehrszweigen und Berufen in 14 Wirtschaftsgruppen verteilt. Innerhalb jeder dieser 14 Gruppen und sie alle zusammenfassend baut sich die Organisation der Arbeit auf, von den Betriebsräten über die Bezirksräte, Reichsgruppenräte, bis zum Reichswirtschaftsrat.

Das von Genossen Koenen dem Abschnitt über die wirtschaftliche sozialistische Neuorganisation anfügte Wahlrecht ist aber, im Gegensatz zu dem Vorausgegangenen, zu sehr den gegenwärtig bestehenden Verhältnissen angepaßt. Es ist darin die Rede von Personen, die Produktionsmittel „privatkapitalistisch ausnutzen". Ebenso bezeichnet es Genosse Koenen als eine der Aufgaben der Betriebsräte, sich mit Gehalts- und Lohnangelegenheiten zu beschäftigen.

Solange noch Produktionsmittel privatkapitalistisch ausgenutzt werden können, solange es noch Gehalts- und Lohnangelegenheiten, also Lohnarbeiter gibt, solange haben wir doch ohne Frage noch die kapitalistische Wirtschaft. Solange haben wir demnach noch die Macht gehabt, das Privateigentum an den Produktionsmitteln und damit die Lohnknechtschaft aufzuheben. Solange kann also von einer sozialistischen Neuorganisation nicht die Rede sein.

Was Genosse Koenen über das Wahlrecht für den wirtschaftlichen Räteaufbau sagt und was er als Aufgaben der Betriebsräte anführt, das sind Vorschläge, die für die Zeit bis zur Diktatur des Proletariats in Betracht kommen.

Der vierte Abschnitt über den politischen Räteaufbau leidet ebenfalls darunter, daß nicht auseinandergehalten ist, was heute und was morgen in Betracht kommen soll. Im allgemeinen schließe ich aus den Darlegungen, daß Genosse Koenen beim politichen Räteaufbau den auch von mir für richtig gehaltenen Weg einschlagen will, ebensowenig die alte Staatsmaschinerie bestehen zu lassen und sie lediglich mit neuen Personen zu besetzen, wie sie besinnungslos zu zertrümmern und „auf den Trümmern Neues zu bauen". Es muß an dem Gegebenen angeknüpft werden, um es umzugestalten und weiter auszubauen. Hemmendes ist auszumerzen, Förderndes hineinzunehmen. Subjektiv und objektiv. Der politische Räteaufbau vollzieht sich nach der Richtung, die zum Uebereinstimmen mit dem wirtschaftlichen Räteaufbau führt.

Der Rätekongreß ist die höchste Instanz. Er setzt einen Zentralrat ein. Der Rätekongreß soll nicht direkt gewählt werden, er soll sich aus Vertretern der Kreisarbeiterräte zusammensetzen. Als vorübergehende Einrichtung, während der proletarischen Diktatur, liegt das auch nach meiner Meinung im Interesse der Sicherung und Fortführung der Revolution. Denn dadurch erhalten wir die Garantie, auch wirklich zu einem sozial-revolutionären Rätekongreß zu kommen.

Daß wir den politischen Räteaufbau auch öffentlichrechtlich durchführen können, dazu bedürfen wir wiederum der politischen Macht. Bis dahin müssen wir den Kampf der Räte um die Erweiterung ihrer revolutionären Errungenschaften unterstützen und ihnen helfen, entscheidende Mitwirkung bei der Gesetzgebung, Staats- und Gemeindeverwaltung und in den Betrieben zu erringen. Das Maß der Mitwirkung der Räte wird immer größer werden und ihr voller Sieg wird immer rascher kommen, je energischer sich die Räte schon heute ihren Gegnern auf allen Gebieten entgegenwerfen. Die Räteorganisation wird mit dem klassenbewußten Proletariat kämpfend siegen.

Das politische Rätewahlrecht bedarf sicher noch einer sorgfältigeren Formulierung. Ich habe auch grundsätzliche Einwendungen zu machen. So will es mir nicht einleuchten, daß sans phrase die Schriftsteller, Künstler, Aerzte usw. ebenfalls wahlberechtigt sein sollen, auch wenn sie „eine beschränkte Anzahl von Hilfskräften gebrauchen". Hier müssen wohl auch zunächst bestimmte Richtlinien darüber aufgestellt werden, inwieweit die Angehörigen der sogenannten freien Berufe als produktive Arbeiter zu gelten haben. Dann müssen aber auch Sicherungen dagegen getroffen werden, daß nicht etwa das ganze Heer der Aerzte — um einen Beruf herauszugreifen — die Möglichkeit erhält, ihr arbeiterfeindliches Treiben in den Räten fortzusetzen. Man denke nur an die Aerztestreiks gegen die Arbeiter. Wiederum muß jedoch auch dafür gesorgt werden, daß jeder Angehörige eines freien Berufes, der Sozialist ist, das Wahlrecht auszuüben vermag.

Aus allem geht hervor, daß zwar die Form des Rätesystems immer festere Gestalt erhält, daß wir alle aber noch eifrig dazu beitragen müssen, das Rätesystem theoretisch und praktisch auch in seinen Einzelheiten immer vollkommener zu gestalten. So viel auch an Koenens Vortrag noch der Klärung, der Ergänzung und der einwandfreien Formulierung bedarf, so hat er doch das Verdienst, zur Orientierung über das Rätesystem von neuem angeregt und darüber hinaus beigetragen zu haben.

Der Kampf um die Zwangswirtschaft.

Auch die ganze Dienstag-Sitzung der Nationalversammlung beschäftigte sich mit Fragen der Zwangswirtschaft. Durch Verbindung der Besprechung mit einem Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses und einem auf völlige Aufhebung der Zwangswirtschaft abzielenden demokratischen Antrag bekam die Debatte eine breitere Grundlage und die Erörterung agrarischer Fragen stand im Vordergrund.

Herr Davidsohn von den Rechtssozialisten leitete die Debatte mit einem äußerst demagogischen Eiertanz ein; er mußte die erbärmlichen Zustände kritisieren, konnte und wollte aber die „sozialistische" Regierung nicht zu derb anfassen. Um aber auch die unumgänglich notwendigen Vorwürfe, die er dem „sozialdemokratischen" Minister Schmidt machen mußte, nach von der eigenen Partei abzuwenden, wollte er eine Art wirtschaftlicher Meinungsfreiheit in der rechtssozialistischen Partei aufrichten. Ein bequemes Mittel, die Verantwortung für die „sozialdemokratische" Regierung abzuschütteln!

Schmidt hatte übrigens kein Verständnis für so viel Zartgefühl, er polemisierte gegen Davidsohn drauf los und genierte sich nicht im geringsten, seine Vertretung kapitalistischer Interessen in der offensten und nachdrücklichsten Weise zum Ausdruck zu bringen.

Der hannoversche Grundbesitzer Duesche stellte denn auch mit großer Befriedigung fest, daß Schmidt völlig einig mit dem nationalliberalen hochbesoldeten Vorstandsmitgliede des Verbandes der Lebensmittelhändler, Dr. Hugo geht, aber weit abgerückt sei von seinem Parteigenossen Davidsohn. Zwei andere Bauernvertreter, Diez vom Zentrum und Böhme von den Demokraten, schimpften auf die Arbeiter und verlangten Beseitigung der Zwangswirtschaft, damit die Preise an keine Schranke mehr gebunden sind.

Genosse Wurm nahm demgegenüber nachdrücklichst die Interessen der breiteren Schichten des Volkes wahr. Er rechnete ganz gründlich mit den Agrariern ab, die über die Arbeiter schimpfen, weil sie ihnen heute eine menschenwürdige Behandlung zuteil werden lassen müssen, wenn sie überhaupt Arbeiter bekommen sollen. Im übrigen wies er darauf hin, daß uns nur die Sozialisierung der Landwirtschaft, mindestens in dem Rahmen, wie sie in dem Aktionsprogramm der U. S. P. gefordert wird, vor dem Ruin retten kann. Bis dahin aber muß jeder Abbau der sogenannten Zwangswirtschaft abgelehnt werden.

Ein Oekonomierat Gebhart aus der Pfalz und der bayerische Agrarier Schneider beschlossen die Debatte, beide mit agrarischen Klageliedern. In dieser Beziehung hat die Revolution noch keine Aenderung gebracht, sie „schreien" noch wie zu Zeiten des seligen Rupprecht von Kaufern, des Gründers des Bundes der Landwirte.

Für den Ausschluß der Rechtssozialisten.

In der französischen Kammer ist es, wie wir mehrfach berichteten, zu heftigen Zusammenstößen zwischen unseren Genossen und den Vertretern der Regierung gekommen, weil diese der deutschen Regierung Konzessionen in der Frage der Abrüstung gemacht und anscheinend auch das gegenrevolutionäre deutsche Abenteuer im Baltikum gefördert hat. In der französischen Parteipresse wird die Regierung wegen dieser Handlungsweise, die von unsern französischen Genossen als Verbrechen gegen die deutsche Revolution und als Hindernis für die Bekämpfung des französischen Militarismus betrachtet wird, auf das Heftigste angegriffen. Zugleich wendet sich aber auch die Empörung der französischen Sozialisten gegen die rechtssozialistischen Führer in der deutschen Regierung, denen Verrat an der internationalen Arbeiterschaft vorgeworfen wird. Immer mehr verstärkt sich bei unseren französischen Genossen die Erkenntnis, daß die Handlungen der rechtssozialistischen Führer in Deutschland ihre Partei in der Internationale unmöglich mache, und daß die von den Vertretern der U. S. P. in Luzern gestellte Forderung des Ausschlusses der deutschen Rechtssozialisten aus der Internationale durchaus berechtigt ist. Mit welcher Klarheit und Schärfe dieser Gedanke in der französischen Parteipresse zum Ausdruck kommt, zeigt ein Artikel von Daniel Renoult im „Populaire" vom 6. Oktober. Es heißt in diesem Artikel:

„Wenn die französische Regierung, die die Wiederherstellung der deutschen Armee aus militaristischer Solidarität und zur Vernichtung der revolutionären Bewegung begünstigt, in nationaler und republikanischer Hinsicht ein unerhörtes Verbrechen begeht, was soll man erst von den sogenannten sozialistischen Führern der deutschen Regierung sagen, die die Hilfe unserer Minister und unserer Generäle gegen das eigene deutsche Volk annehmen und selber verlangen. Was soll man von diesem Noske sagen, der von unseren militärischen Führern das Zugeständnis erbeten und erlangt hat, einen Ueberschuß an Maschinengewehren behalten zu dürfen, um die Arbeiter von Berlin niederzumetzeln.

Wir können an dieser Frage nicht uninteressiert vorübergehen, denn unsere Verantwortung steht auf dem Spiele, da Noske Mitglied der deutschen rechtssozialistischen Partei ist, welche ihrerseits der zweiten Internationale angehört. Auch unsere Partei gehört der zweiten Internationale an.

Hier besteht ein Problem von äußerster Schwere, das wir die Pflicht haben, rücksichtslos zu prüfen. Wenn wir hier schweigen würden mit der Hoffnung, Zeit zu gewinnen, würden wir die Lage nur noch schwieriger machen.

Die Verbrechen der Führer der deutschen Rechtssozialisten sind die furchtbarsten Herausforderungen des internationalen Sozialismus.

Während des Krieges hat die frühere Mehrheit der französischen Partei den deutschen Rechtssozialisten die schwersten Vorwürfe wegen ihrer erniedrigenden Haltung vor dem deutschen Kaiser gemacht. Aber diese Haltung bedeutet nichts in Anbetracht der erbärmlichen Taten, die sie begangen haben, seitdem sie die Macht in Händen halten wird, seitdem sie mit der Bourgeoisie und mit Hindenburg sich verbündet haben. Jetzt legen sie der deutschen revolutionären Arbeiterklasse ein wahres Schreckensregime auf.

Wir wollen die internationale Einigkeit! Gemeinsam mit Adler und mit den deutschen Unabhängigen beklagen wir die Trennung, die den Sozialismus in der Welt scheidet. Wir wollen die Anstrengungen verdoppeln, um diese Trennung durch die Vereinigung der beiden Internationalen, die sich unglückseligerweise bekämpfen, ein Ende zu machen.

Wir wünschen auch im Interesse des deutschen Volkes und der sozialistischen Bewegung in ganz Europa, daß die Einigung in Deutschland wiederhergestellt werde. Aber wir können nicht glauben, wie es der alte Bernstein tut, daß diese Einigung durch die Versöhnung der Opfer und ihrer Henker geschehen könne.

Noske und seine Anhänger haben zu viel Blut vergossen, sie haben gegen die Kommunisten und gegen die Unabhängigen zu viel Gewalt verübt, als daß diese Einigung noch möglich sein könnte.

Ohne Zweifel gibt es in den Reihen der deutschen Rechtssozialisten zahlreiche Männer, denen man bei aller Gerechtigkeit keine Verantwortung für die Politik des Verrates und der Brutalität der Führer ihrer Partei aufbürden kann. Diese werden sich, sei es früher oder später zu unseren unabhängigen Genossen gesellen und so wird sich die Einigung vollziehen. Aber die Führer der Partei, die auf ihrem Gewissen nicht nur den Tod Liebknechts und Rosa Luxemburgs, den Tod Levinés und das grausame Wüten eines Galliset haben, die in den blutigen Tagen des Januar in Berlin und zur Zeit des Münchener Aufstandes ein systematisch gegenrevolutionäre Politik geführt haben, sie können allen wahren Sozialisten nur noch Haß und Abscheu einflößen.

Unsere unabhängigen Genossen haben klar gegen sie Stellung genommen.

In Luzern haben Hilferding und Crispien sich darüber deutlich ausgesprochen. Sie sprachen nicht leichtfertig, da auf dem letzten Kongreß die deutschen Unabhängigen verlangt haben, die Rechtssozialisten aus der Internationale auszuschließen.

Wenn man den Wert dieser Entscheidung begreifen will, muß man sie zusammenbringen mit dem Schritt, den Genosse Crispien im Namen seiner Partei bei den französischen Sozialisten getan hat, um mit den Organisationen der dritten Internationale zu einer Verständigung zu gelangen.

Diese beiden Fragen müssen zusammen betrachtet werden.

Es wäre unsinnig, auf eine Verständigung mit der dritten Internationale zu hoffen, solange sich in der zweiten Internationale Menschen finden, die für die Gegenrevolution und für den Militarismus sind.

Ohne jeden Zweifel wird die neue Mehrheit der französischen sozialistischen Partei die deutschen Unabhängigen stützen, wenn sie diese Reinigung der Internationale verlangen. Die Notwendigste von allen. Vielleicht kann auf diese Weise in unserer französischen Partei die Einigkeit wiederhergestellt werden, wenn es wahr ist, daß auch unsere Genossen der alten Majorität, wie Renaudel auf dem letzten Kongreß es verkündete, gegen Leute wie Scheidemann und Noske die gleichen Empfindungen hegen."

Wir klagen an!

Unser französischer Genosse Henri Barbusse veröffentlicht in der „Humanité" einen flammenden Aufruf unter der Ueberschrift „Wir klagen an!", in der er die bürgerlichen Regierungen der Entente anklagt, Zaristen wie Koltschak und Denikin zu unterstützen und deutschen Soldaten Waffen zu belassen, damit sie sich zu Helfershelfern der Reaktion in Rußland machen. Das Internationale Konsortium der Imperialisten, Militaristen und Handelsleute kämpfe gegen das sozialistische russische Regime, das auf Gleichheit aufgebaut sei. Man müsse die menschliche Wahrheit retten, indem man die russische Wahrheit rette. Das Volk müsse endlich wissen, gegen wen es marschieren soll, und es müsse begreifen, daß, wenn es die Reaktion in Rußland stärke, es gegen sich selbst arbeite.

Vom neuen Kriegsschauplatz.

Mitau, 18. Oktober.

An der Front herrscht nach Eintreffen von etwa 6000 estnischer Truppen zwischen den russischen und lettischen Truppen rege Gefechtstätigkeit. Dünamünde und Bolderaa wurden gestern von den Russen genommen.

Mitau, 18. Oktober.

Oberst Bermondt hat an die polnische Regierung einen Funkspruch gerichtet, in dem er erklärt, daß er gegen Polen keine Feindschaft hege, daß er vielmehr in nächster Zeit gemeinsam mit den Polen gegen die Bolschewisten zu marschieren hoffe, und daß er um Freilassung aller von den Polen festgesetzten Russen bitte, um ihnen den Eintritt in seine Armee zu ermöglichen.

Zu General Denikin hat Oberst Bermondt den General Davidow mit einer Note gesandt, in der Bermondt erklärt, er könne dem Befehl des Generals Judenitsch, an die Nordwestfront zu gehen, nicht nachkommen, da er die neugebildeten Randstaaten nicht anerkennen könne, wie General Judenitsch das getan habe, und deshalb Kurland nicht aufgeben könne. Die Interessen des zukünftigen einigen Rußlands verbiten die Abtrennung des Baltikums.

Helsingfors, 13. Oktober.

Nach hier vorliegenden Nachrichten ist die Kriegslage an der Düna unverändert. Heftiges Artilleriefeuer auf beiden Seiten. Riga ist in Blockadezustand erklärt worden. Bermondt machte der lettischen Regierung neue Vorschläge, welche abgewiesen wurden. Die estnische Regierung beschloß die Unterstützung Lettlands zunächst mit einer Division, wogegen Lettland Walk an Estland überläßt. Die Nordwestarmee leitete einen allgemeinen Angriff in Richtung Pleskau und Gatschina ein. Pleskau wird beschossen.

Die Engländer beschlagnahmten drei deutsche Fahrzeuge im Finnischen Meerbusen, die nach Reval gebracht wurden.

Kowno, 14. Oktober.

Generalleutnant von Eberhardt hat der litauischen Regierung telegraphisch mitgeteilt, daß er den Befehl über das 6. Reserve-Korps von Graf von der Goltz übernommen habe und daß es sein Bestreben sein werde, nicht nur mit der litauischen Regierung im besten Einvernehmen zu handeln, sondern auch die entstandenen Zwistigkeiten zwischen den in Libau stehenden russischen Truppen und der litauischen Regierung aus der Welt zu schaffen.

Da ihm mit Rücksicht auf seine Aufgabe der Rückbeförderung der deutschen Truppen, der Schutz der hierzu benötigten Eisenbahn besonders am Herzen liege und eine Gefährdung dieser Bahn verhindert werden müsse, hat Generalleutnant von Eberhard gleichzeitig den Wunsch nach einer persönlichen Rücksprache mit einem bevollmächtigten Vertreter der litauischen Regierung ausgesprochen.

Die litauische Regierung hat sich mit einer Besprechung in Saikuny einverstanden erklärt und wird den Verkehrsminister und einen Offizier des Verteidigungsministeriums dorthin entsenden.

Einen Aufruf an die Deutschen in den Grenzmarken erließen gemeinschaftlich die Reichsregierung und die preußische Staatsregierung. Die in den Abstimmungsgebieten geborenen Männer und Frauen werden aufgefordert, am Tage der Abstimmung in ihren Heimatsgemeinden anwesend zu sein, um diese Gebiete für Deutschland zu erhalten.

Die militärischen Ausgaben Englands werden eingeschränkt. Es wurde angeordnet, die Ausgaben der Armee auf 75 Millionen Pfund Sterling das Jahr einzuschränken, das Budget für die Flotte muß auf 60 Millionen und das für die Luftflotte auf 25 Millionen Pfund Sterling herabgesetzt werden. Bei der Flotte will man 100 000 Mann im Dienst behalten.

Die Tagung des Metallarbeiter-Verbandstages.

Eigene Drahtmeldung der „Freiheit".

Stuttgart, 14. Oktober.

Der zweite Verhandlungstag zeigte eine scharfe Spannung zwischen den Anhängern des Vorstandes und der Opposition. Der Bericht der Mandatsprüfungskommission führte zu langen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Richtungen, insbesondere wurden die Mandate von Berlin und Dresden umstritten. Vorher war der Protest der Opposition aus Cassel auf Vorschlag der Mandatsprüfungskommission abgelehnt worden. Der Protest gegen die Berliner Delegation wurde mit Verstößen gegen das Wahlreglement begründet, die aber von der Generalversammlung als unbeachtlich angesehen wurden. Selbst wenn dem Protest Rechnung getragen worden wäre, so hätte das keinen Einfluß auf die Zusammensetzung des Verbandstages gehabt, weil die Anhänger des Vorstandes nur 5 Mandate gewonnen hätten. In namentlicher Abstimmung stimmte der Verbandstag mit 192 gegen 135 Stimmen für die Gültigkeit der Berliner Mandate.

Schon bei der Entscheidung über die Berliner Mandate zeigte sich, daß die Anhänger der Vorstandspolitik die Absicht verfolgten, die Verhandlungen des Verbandstages zu verzögern. Der Vorsitzende Schlicke wollte die Delegierten mit dem angefochtenen Mandat nicht mit abstimmen lassen, trotzdem durch die vorhergehende Generalversammlung die angefochtenen Mandate stimmberechtigt waren. Das mußte Schlicke auch zugeben. Vorher aber hatte die Generalversammlung schon beschlossen, daß die Inhaber der angefochtenen Mandate Stimmberechtigung haben, bis die endgültige Entscheidung getroffen worden ist. Hatte sich schon bei dem Streit um die Berliner Mandate gezeigt, daß der Wortführer Haas (Cöln) die Gegensätze zwischen den beiden Richtungen betonte, so trat diese Absicht bei dem Streit um die Dresdener Mandate noch schärfer hervor. Der Vorstand hat die Mandate der Dresdener Delegation kassiert und dafür die bei der Wahl unterlegenen Vorstandsanhänger als Delegierte berufen. Die Mandatsprüfungskommission beantragte, die Entscheidung des Vorstandes aufzuheben. Die Debatte wurde von Vorstandsanhängern unter Führung von Haas mit provozierender Verve geführt. Haas verstieg sich zu der Bemerkung, wenn der Antrag der Mandatsprüfungskommission angenommen werde, dann sehe er mit seinen Freunden darin einen flagranten Rechtsbruch. „Um die Teilnehmer an dem Rechtsbruch festzustellen" beantragte Haas auch über die Dresdener Mandate namentliche Abstimmung. Daß dieses Verhalten die Empörung der großen Mehrheit des Verbandstages auslöste, ist selbstverständlich. Trotzdem begnügte sich Dißmann (Frankfurt) damit, die Vorwürfe von Haas entschieden zurückzuweisen, im übrigen aber zu erklären, die Opposition würde sich nicht provozieren lassen. Die namentliche Abstimmung ergab 186 Stimmen für den Antrag der Mandatsprüfungskommission, 142 dagegen.

Damit wäre nach demokratischen Grundsätzen der Streitfall entschieden. Haas und seine Freunde, die sonst als stramme Demokraten (?) auftraten, erklärten jetzt, die Abstimmung sei für seine Fraktion so wichtig, daß die Verhandlungen des Verbandstages bis zum nächsten Morgen vertagt werden müßten, damit sich die Anhänger des Vorstandes verständigen könnten. Damit enthüllte Haas die Absicht, die Arbeit der Generalversammlung zu verschleppen. Bisher ist diese Absicht auch gelungen, denn am Ende des zweiten Verhandlungstages hat sich der Verbandstag noch nicht konstituiert, noch ist kein Bureau gewählt.

Nur der Hinweis daß der Verbandstag unbedingt sofort zu dem Kampf in der Berliner Metallindustrie Stellung nehmen müsse, vermochte den Verbandstag in der späten Nachmittagsstunde insofern arbeitsfähig zu machen, daß der Berliner Kampf sofort behandelt wurde. Unter dem Druck der Berliner Ereignisse mußte Haas seinen Widerspruch gegen die Weitertagung zurückziehen. Damit ist die Taktik der Sabotage nur aufgeschoben. Haas hat schon angekündigt, daß auch die Wahl des Bureaus zu einer längeren Auseinandersetzung führen werde. Welche Folgen das Verhalten von Haas und seinen Freunden für den Verbandstag und damit für die Arbeiterbewegung haben kann, wird sich am Mittwoch zeigen; es kann auch Donnerstag werden, ehe der Verbandstag seine Tagesordnung in Angriff nimmt.

Die Behandlung des Berliner Kampfes gestaltete sich zu einer scharfen Auseinandersetzung mit dem Unternehmertum, der organisierten Staatsgewalt und mit dem Arbeitsminister Schlicke. Was der Redner Rusch (Berlin) vortrug, war für den am Vorstandstisch der Generalversammlung sitzenden Minister Schlicke eine fürchterliche Abstrafung. Schlicke saß dabei mit rotem Kopf, als das Verhalten der Regierung und besonders das Verhalten Schlickes stürmische Pfuirufe der Generalversammlung auslöste. Rusch zeigte, wie die wirtschaftlichen Kämpfe der Berliner Arbeiter von den Unternehmern mit Unterstützung des sozusagen sozialistischen Ministers zu einer politischen Aktion gestempelt werden, um damit den Kampf zu diskreditieren. Rusch zeigte weiter, daß die Arbeiterfeinde rücksichtslos durch Versammlungsverbote und das Verbot der „Freiheit" mit allen Machtmitteln der organisierten Staatsgewalt ohne Rücksicht auf die persönliche Freiheit der Arbeiter und unter Opferung von Arbeiterleben die Kämpfenden niederknüppeln wollen. Ruschs Ausführungen klangen aus in die Aufforderung, dem geschlossenen Willen der Unternehmer den noch viel stärkeren Willen der gesamten Metallarbeiterschaft entgegen zu setzen.

Schlicke versuchte einige Vorwürfe Ruschs zu entkräften. Im übrigen kündigte er eine ausführliche Antwort für Mittwoch früh an. (Einen ausführlichen Bericht lassen wir folgen.)

„Wortheldentum."

Der großmäulige Wortheld Kloth, einstmals zur Schande der Arbeiterschaft Vorsitzender des Buchbinderverbandes, findet keine Ruhe. Die nationalistische Verhetzung, die er vom sicheren Platz am Schreibtisch aus vier Kriegsjahre hindurch — abermals zur Schande und zum Verderben der Arbeiterschaft — trieb, ist ihm Lebensbedürfnis geworden. Die deutschen Gewerkschaften mögen den Buchbindern dankbar sein, daß sie sie von diesem Manne befreit haben. Er aber, der Kloth, empfindet es schmerzlich, daß ihm damit die Gelegenheit genommen ist, die Gewerkschaften auch fernerhin als Stätten der nationalistischen Verhetzung der Arbeiterschaft zu mißbrauchen. Die „Richtlinien für die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften" die der Gewerkschaftskongreß zu Nürnberg beschlossen hat, sind ihm weder nationalistisch noch kapitalsfreundlich genug. Es sei darin nichts „von den fürchterlichen Friedensbedingungen (die er, der Kloth, lieber den anderen zudiktiert hätte) enthalten, die alle politischen und wirtschaftlichen Fortschritte der deutschen Arbeiterklasse glatt zunichte machen oder sie doch mindestens der Willkür der ausländischen Staaten und Kapitalisten ausliefern. Diese Tatsache den deutschen Arbeitern ins Gehirn hineinzuhämmern, sollte die Hauptaufgabe der deutschen Gewerkschaften sein". Und darin, „in diesem Waffengang können sehr wohl die deutschen Arbeiter und Unternehmer ein gut Stück Weges zusammengehen". Das also ist — nach Kloth — die Hauptaufgabe der Gewerkschaften: in enger Verbrüderung mit dem deutschen Unternehmertum sollen sie die von einem Kloth vorgesprochenen chauvinistischen Schwüre unaufhörlich wiederholen, um so mit Hilfe nationalistischer Verblödung die Arbeiterschaft abzulenken von ihrem Kampf gegen das deutsche Kapital. Schwungvoll schließt Kloth seinen Artikel mit folgendem Satz:

„Von dem wiederkehrenden gesunden Sinn der deutschen Arbeiter und der Rückkehr zur gewerkschaftlichen Disziplin darf man wohl erwarten, daß nicht dauernd ein großmäuliges Wortheldentum Ton und Richtung in weiten deutschen Gewerkschaften angeben wird."

Der „gesunde Sinn der deutschen Arbeiterschaft" und die „gewerkschaftliche Disziplin" wären also wiederhergestellt, wenn das großmäulige nationalistische Wortheldentum des Kloth „Ton und Richtung in weiten deutschen Gewerkschaften" angeben würde.

In der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung", in der Kloths Artikel erschienen ist, befindet sich der Mann in der Tat am rechten Platze.

Achtung! Achtung!

Arbeiter-Betriebsräte

der gesamten Holzindustrie

Inserat beachten!

Ein Todesurteil im Münchener Geiselprozeß.

Drei Angeklagte zu je 15 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Unter einem gewaltigen militärischen Aufgebot wurde am Dienstag nachmittag das Urteil im zweiten Geiselprozeß verkündet.

Der Angeklagte Fliesenleger Alois Kammerstätter wurde wegen Verbrechen des Mordes zum Tode, die Angeklagten Kellner Debus, Arbeiter Greiner und Student Strelenko wegen Beihilfe zum Verbrechen des Mordes zu je 15 Jahren Zuchthausstrafe verurteilt. Dem Angeklagten Kammerstätter werden die bürgerlichen Ehrenrechte dauernd, den Angeklagten Debus, Greiner und Strelenko auf die Dauer von 10 Jahren aberkannt. Ferner wird auch gegen diese drei Angeklagten die Zulässigkeit der Polizeiaufsicht erkannt.

Bei der Verkündung des Urteils durch den Landgerichtsdirektor Aull erleidet der Angeklagte Greiner wiederum einen schweren Anfall. Er wird von den Schutzleuten und Soldaten überwältigt.

In der Urteilsbegründung wird u. a. ausgeführt, daß Kammerstätter überführt erscheine, am 30. April früh den schriftlichen Befehl Eglhofers zur Erschießung der beiden Weißgardisten von der Ordonnanz des Kriegsministeriums entgegengenommen und dem Kommandanten Seidl überbracht zu haben. Er habe den Befehl Seidls angenommen, die Erschießung durchzuführen, und sei mit diesem Befehl ins Gymnasium zurückgekehrt, wo er ihn in Gemeinschaft mit Schickhofer ausgeführt habe. Er erscheine auch überführt, die Geiseln mit auf den Hof gebracht und hier an der Erschießung teilgenommen zu haben. Beweis dafür seien die einzelnen Zeugenaussagen. Die Angeklagten Greiner, Debus und Strelenko seien überführt, während der Geiselerschießungen auf dem Hof mit anwesend gewesen zu sein, und auch durch verschiedene Handlungen, teilweise durch Zurufe ihre Zustimmung zu den Erschießungen gegeben zu haben. Sie wären also wegen Beihilfe zu verurteilen. Was Strelenko anbetreffe, so stehe fest, daß er der deutschen Sprache vollkommen mächtig sei, also auch gewußt habe, um was es sich handle. Er sei also mitschuldig. Dies habe das Gewicht dazu führen müssen, die höchste zulässige Strafe gegen die Angeklagten auszuwerfen.

Nach der Verkündung des Urteils kommt es erneut zu Szenen. Greiner ruft laut auf: „Das ist also Euere Gerechtigkeit! Es gibt keine Gerechtigkeit mehr auf der Welt! Meine arme Mutter und mein armes Mädl." In diesem Augenblick bricht auch die Mutter Greiners im Zuhörerraum in konvulsivisches Schluchzen aus und muß hinausgeführt werden. Der Angeklagte Kammerstätter ruft: „Ich habe nicht gemordet, ich bin unschuldig verurteilt!" Auf Veranlassung des Vorsitzenden muß dann der Sitzungssaal geräumt werden, und unter starker Bedeckung werden die Angeklagten in das Untersuchungsgefängnis zurückgeführt.

Da das bayrische Ministerium die in dem ersten Geisel-Prozeß gefällten Todesurteile bestätigt hat, so ist kein Zweifel daran, daß auch das Todesurteil gegen Kammerstätter innerhalb 24 Stunden vollstreckt werden wird. Immer neues Blut klebt an den Händen der jetzigen Machthaber in Bayern. Die Rechtssozialisten haben durch ihren Beschluß, im Ministerium zu verbleiben, erneut die Verantwortung für all die schändlichen Taten übernommen, die von den Militaristen und den zum Schutze der bürgerlichen Rechtsordnung eingesetzten Richern begangen werden.

Das Verfahren, zusammengehörige Dinge in verschiedene Prozesse zu zerreißen, und das Urteil auf Angaben von Menschen zu stützen, die man inzwischen getötet hat, haben wir bereits anläßlich des ersten Geisel-Prozesses aufs schärfste verurteilt. Es ist kennzeichnend für die heutigen politischen Zustände Deutschlands, daß sich gegen diese Mißachtung aller Rechtsgrundsätze kein Sturm der Entrüstung erhebt, sondern daß das satte Bürgertum in dem Bestreben, sich in seiner Herrschaft zu erhalten, von den Rechtssozialisten so weit unterstützt wird, daß sie sogar die bewußte Tötung ihrer politischen Gegner gutheißen!

Eine kommunale Beratungsstelle.

Eine vorbildliche Einrichtung haben unsere Genossen im Hallischen Bezirk geschaffen. Ungefähr 2000 Mitglieder unserer Partei sind im Regierungsbezirk Merseburg als Stadtverordnete, Gemeindevertreter, Kreistagsabgeordnete, Ortsschulzen, Amtsvorsteher usw. tätig. Um nun eine einheitliche Kommunalpolitik zu ermöglichen, und um den einzelnen Stadtverordneten und Gemeindevertretern bei der Stellungnahme zu besonderen Fragen beizustehen, ist die kommunale Beratungsstelle beim Bezirkssekretariat in Halle geschaffen worden. Eine innige Verbindung zwischen dieser Beratungsstelle und den einzelnen Fraktionen der Stadtverordneten und Kreistagsabgeordneten wird hergestellt, um demnächst auch eine Stadtverordneten-Beratungskommission und eine Kreistags-Beratungskommission zu bilden. Diese beiden Körperschaften werden dann gemeinsam mit der Beratungsstelle des Bezirks für eine klare Kommunalpolitik im Sinne der U. S. P. sowohl in den Städten, wie auf dem Lande wirken. Ferner wird das Bezirkssekretariat demnächst einen Leitfaden für Gemeinde- und Amtsvorsteher herausgeben, um unsere Genossen, die in diesen Tagen in großer Anzahl die Amtsstuben des Regierungsbezirks Merseburg übernehmen, mit geistigem Rüstzeug für ihre Aemter zu versehen. Diese Maßnahmen des Hallischen Bezirkssekretariats sind höchst nachahmenswert, da sie geeignet sind, auf dem Gebiete der Kommunalpolitik unserer Partei die schönsten Erfolge zu sichern!

Bankrotterklärung des Zentralrats.

Keine Neuwahl der Arbeiterräte.

In seiner Gesamtsitzung vom 13. Oktober d. J. hat der Zentralrat die Veröffentlichung der nachstehenden Bekanntmachung beschlossen:

Durch die weitgehenden Meinungsverschiedenheiten, die in der deutschen Arbeiterschaft über den Rätegedanken bestehen, ist es weder möglich gewesen, eine straffe, organische Zusammenfassung der in der Revolution entstandenen Arbeiterräte, noch eine gewisse Einigung über ihre künftigen Aufgaben zu erzielen. Die hieraus sich ergebenden Schwierigkeiten stehen auch der Durchführung ordnungsgemäßer Wahlen auf Grund der vom Zentralrat erlassenen Wahlordnung entgegen. Es kommt hinzu, daß es unmöglich war, hinreichende Geldmittel für die Durchführung der Wahlen zu beschaffen. Für die nach der gesetzlichen Regelung der Rätefrage erforderlichen Wahlen müssen bedeutende Geldmittel zur Verfügung gestellt werden. Da die gesetzliche Regelung mit der größten Beschleunigung erledigt werden soll, so konnte sich der Zentralrat den Gründen der Regierung, für die vom Zentralrat jetzt vorgesehenen Wahlen keine Gelder zu bewilligen, um so weniger verschließen, als damit gerechnet werden muß, daß die auf Grund der Rätegesetze vorgesehenen Wahlen bereits in der ersten Hälfte des kommenden Jahres stattfinden werden. In dieser Situation wäre die Zustimmung der Nationalversammlung für die Bewilligung der für die Wahl nötigen Gelder zweifellos nicht zu erreichen. Infolgedessen ersucht der Zentralrat, von der allgemeinen Neuwahl von Arbeiterräten bis zur reichsgesetzlichen Regelung der Arbeiterratsfrage Abstand zu nehmen. Der eine Teil der in der Verfassung vorgesehenen reichsgesetzlichen Regelung, der Gesetzentwurf über die Betriebsräte, liegt der Nationalversammlung bereits vor; der zweite Teil, ein Gesetzentwurf über die Wirtschaftsräte, soll baldmöglichst ebenfalls dem Parlament unterbreitet werden. Nach Verabschiedung dieser beiden Gesetzentwürfe, durch die Nationalversammlung müssen dann die Wahlen nach den Vorschriften der gesetzlichen Bestimmungen vorgenommen werden.

Damit aber bis dahin keine Lücke entsteht, sollen die aus der Revolution hervorgegangenen, jetzt noch bestehenden Arbeiterräte aufrechterhalten werden. Der Zentralrat hat darüber mit der Reichsregierung verhandelt, und diese hat in einem an die Regierungen der deutschen Länder gerichteten Rundschreiben diesen empfohlen, auf Verständigung und freundschaftliches Zusammenarbeiten mit den noch bestehenden Arbeiterräten bedacht zu sein. Der Zentralrat schließt sich dieser Auffassung an. Er ersucht alle noch bestehenden Arbeiterräte auf ihrem Posten zu verharren, bis die Arbeiterratsfrage ihre reichsgesetzliche Regelung gefunden hat, und er erwartet, daß die Behörden, im Interesse der ruhigen Weiterentwicklung den Arbeiterräten in diesem Uebergangsstadium keinerlei Schwierigkeiten machen werden.

Wenn der Zentralrat in dieser Weise den durch die Verfassung geschaffenen Zustand respektiert, so wird er natürlich nicht aufhören, mit den durch die demokratischen Einrichtungen geschaffenen Mitteln dafür zu wirken, daß der in der Verfassung vorgesehene Reichswirtschaftsrat sich zu der vom zweiten Rätekongreß gewollten Kammer der Arbeit erweitert. Hierbei wird ihm der natürliche Gang der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung zur Seite stehen. ges. Cohen.

Diese Bekanntmachung bedeutet, daß der Zentralrat seinen vollständigen Bankerott anmelden muß. Er weiß nichts anderes zu tun, als bei den Behörden um gut Wetter für die Arbeiterräte zu bitten. Aber nicht einmal mit dieser untertänigen Haltung, die er von Anfang an an den Tag gelegt hat, findet er Beachtung. Wie geringschätzig er von der Regierung behandelt wird, zeigt deren Weigerung, Gelder für Arbeiterratswahlen zu bewilligen. Für die Errichtung und Aufrechterhaltung des neuen Militarismus und ähnliche unproduktive Ausgaben stellt sie ungezählte Milliarden zur Verfügung, nur für die Arbeiterräte sieht kein Geld zur Verfügung. Mit kaster Resignation läßt der Zentralrat alle Hoffnungen auf die Nationalversammlung fahren, dieselbe Nationalversammlung, die dem Verzicht der von den Rechtssozialisten beherrschten Arbeiterräte auf die Ausübung der politischen Macht erst ihr Dasein verdankt.

Der Reichswirtschaftsrat, auf den der Zentralrat in seiner Bekanntmachung vertröstet, ist nicht das, wofür die Arbeiterschaft bisher gekämpft hat. Um diese Institution zu schaffen, wäre wirklich keine Revolution notwendig gewesen. Der Rätegedanke wird durch die Resignation des Zentralrats in der Arbeiterschaft nicht erstickt werden. Das Proletariat wird nicht vergessen, daß es seine Befreiung vom kapitalistischen Joch nicht von dem Wohlwollen der Bourgeoisie und der Behörden entgegennehmen kann, sondern daß es vor allem seine eigenen Organisationen fortentwickeln muß, um den Sozialismus zu verwirklichen.

Die neue Damenmode

der bemalten Beine

(Neue Sorgen der Bourgeoisie)

Freie Welt · 22

Bei jedem Zeitungshändler zu haben.

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne. Theater am Bülowplatz. 7½ Uhr: Maß für Maß.

Opernhaus 6½ Uhr: Palestrina.

Schauspielhaus 6½ Uhr: Maria Stuart.

Deutsches Theater Direktion: Max Reinhardt. 7 Uhr: Hamlet.

Kammerspiele 7½ Uhr: Die Büchse der Pandora.

Theater i. d.
Königgrätzer Straße
6½ Uhr: Neueinstudiert: Ein Traumspiel von August Strindberg. Musik von E. N. von Reznicek. Irene Triesch, Ludwig Hartau, Alfred Abel, Ferdinand von Alten, Gustav Botz, Ernst Deruburg, Frieda Richard, Jenny Marba, Gustaf Hildebrand, Felix Kossert.
Donnerstag: Ein Traumspiel.
Freitag: Ein Traumspiel.
Sonnabend: Ein Traumspiel.
Sonntag nachm.: Musik.
Abends: Ein Traumspiel.

Komödienhaus an der Marschallbrücke. ½8 Uhr: Liselott von der Pfalz

Berliner Theater 7½ Uhr: Bummel-Studenten.

Trianon-Theater. Ztr. 6827. 2391. Nachm. 4 Uhr kleine Preise: Schneewittchen. Täglich ½8 Uhr: Maskerade.
Donnerst. 4 Uhr: Rotkäppchen.
Freitag 4 Uhr: Schneewittchen.
Sonnab. 4 Uhr: Aschenbrödel.

Theater am Nollendorfplatz 6½ Uhr: Großstadtluft. Abends geschlossen.

Residenz-Theater. Stadtbahn Jannowitzbrücke Nachm. 4 Uhr kleine Preise: Rotkäppchen. Täglich 8 Uhr: D. höhere Leben
Donnerst. 4 U.: Schneewittchen
Freitag 4 Uhr: Rotkäppchen.
Sonn. 4 Uhr: Hänsel u. Gretel.

Rose-Theater Letzte Aufführungen! 7½ Uhr: Kleine Sklavin.

Casino-Theater Lothringer Str. 37. Tägl. ¾8 Uhr: Großstadt-Pflanzen Volksstück in 3 Akten. Vorher: „Schwarzwaldmädle". Operettenakt mit Viktor Litzek von der Komischen Oper. Dazu erstklassige Spezialitäten. Sonntag ½4 Uhr: Mädchenehre.

Walhalla-Theater Weinbergsweg 7½ Uhr: Das Gesetz.

Wintergarten. täglich 7½ Uhr **Varietévorstellung** Rauchen gestattet.

Theater am Kottbuser Tor Tel.: Moritzplatz 14514. Jeden Abend 7½ Uhr: **Elite-Sänger.**

9 ehem. Mitgl. der Stettiner Sänger. Sonnt. nachm. 3 U.: ermäß. Preise (voll. Abend-Programm) 1 Kind frei! Rauchen gestattet. Blüthgen-Konzert. Beg. 7½ Uhr. Vorverkf. 11–1½ u. 4–6 Uhr.

Circus Busch
Jeden Dienstag u. Freitag 8 Uhr nur Boxkämpfe!! Die übrigen Tage 7½ Uhr: **„Aphrodite"** Tragikom. Pantomime in 3 Akten v. Paula Busch inszeniert v. Hofballettm. Georges Blanvalet. Vorher das große Circus-Programm.

Direktion Carl Meinhard-Rudolf Bernauer.
Theater i. d.
Königgrätzerstr.

Vom 15. bis 19. Oktober: 5 Aufführungen von
Ein
Traumspiel
Phantastisches Drama in einem Vorspiel u. 3 Akten (14 Bildern) von August Strindberg.
Musik von E. N. von Reznicek.
Regie: Rudolf Bernauer.
Hauptdarsteller:
Irene Triesch, Ludwig Hartau, Alfred Abel, Ferdinand von Alten, Gustav Botz, Ernst Deruburg, Frieda Richard, Gustaf Hildebrand, Jenny Marba, Felix Kossert.

Am Mittwoch den 22. Oktober: Erstaufführung:
Schloß
Wetterstein
Schauspiel in 3 Akten v. Frank Wedekind.
Regie: Carl Meinhard.
Hauptdarsteller:
Herta von Hagen, Maria Orska, Ludwig Hartau, Johannes Riemann, Hugo Bauer, Ernst Behmer, Alexander Ekert, Werner Hollmann, K. A. Römer, Heinz Stieda.

Am Friedrichshain 29/32 Am Königstor
Lichtspiel-Palast Schweizer-Garten
Das größte und schönste Lichtbild-Theater der Königstadt
Nur noch 2 Tage!
der weltberühmte Filmschauspieler
Viggo Larsen
persönlich in seinem Sketch Graf Spilzo.
Außerdem der Riesenfilm:
Die Spinnen.
Anfang Wochentags 6 Uhr
Anfang Sonntags 3 Uhr

Zähne 3 Mark! 5.— Mark
mit echtem
Friedens-Kautschuk
schöne, natürliche Farbe bei 5jähr. schriftlicher Garantie.
Zahnziehen mit örtlich. Betäubung nach bewährter Methode bei Bestellung von Gebissen gratis!
Spezialität: Zähne ohne Gaumen!
Echte Goldkronen von 30 Mark an.
Keine Luxuspreise.
Fachmännische Munduntersuchung und Rat kostenlos.
Zahnpraxis Hatvani Danziger Strasse 1
Ecke Schönhauser Allee, Eingang Danziger Straße. Sprechstunden von 9–12, 2–7, Sonntags und Feiertags 9–12.
In den letzten 2 Jahren über 2500 Gebisse zur vollsten Zufriedenheit geliefert.

Möbel auf Kredit
Kleinste Anzahlung. — Bequemste Abzahlung. — Grösste Rücksicht.
Einzelne Möbelstücke werden bereitwilligst abgegeben.
M. Landwehr,
Müllerstraße 7, eine Treppe
Kriegsanleihe nehme in Zahlung.
Liefere auch nach auswärts

ZIGARETTEN!
Gold-Flake, Fairfax, orientalische und andere reine Zigaretten zu Engros-Preisen fortlaufend lieferbar ab Lager
Artilleriestrasse 16, I.

Künstliche Zähne
mit echtem Parakautschuk. Goldkronen u. Brücken, Präzisionsarb., Rep. u. Umarbtg. sof. Ueber 30 Jahre fachtätig. Keine Luxuspreise. Zahnpraxis Grützer, Prinzenstr. 66a, an der Dresdener Straße. Fernspr.: Moritzplatz 11200.

Achtung!
Platin Gramm bis 80.— freibl.
Gold, Silber, alte Zahngebisse, Brillanten, sowie unmodern gewordenen Schmuck verkauft man am besten zu den höchsten Kurs- und Tagespreisen bei
Kokoski, Berlin N54, Brunnenstr. 168 Amt Humboldt 2490

„Plasigo-Ankauf"
zahlt horrende Preise für
Platin, Silber, Gold
— Lutherstraße 21. —

Kupferdrähte
Litzen, Dynamodrähte, Glühlampen, Isolierrohr, Fassungen, jeden Posten, kauft A. Meignors, C 25, Alexanderstr. 30
Telephon Alexander 3768. — Geschäftszeit 9–5 Uhr.

Kupfer, Messing, Quecksilber,
Platin, Gold, Silber, Altmetalle, kaufen
PETERS, Prenzlauer Str. 24, Neue Königstr. 82,
MOEBUS, Waldstr. 3, G. ERMEL, Gubener Str. 59,
DEGENER, Schöneberg, Bahnstr. 46,
W. HAASE, Skalitzer Str. 95A, Ecke Lausitzer Platz.

Zu den bedeutend erhöhten Preisen
kaufen jede Menge Platin, Gold, Silber, Münzen, salpeters. Silber, Quecksilber sowie
sämtliche Metalle
Kupfer, Rotguß, Messing etc., Glühstrumpfasche.
Zahngebisse (Zahn bis 25 Mark).
Edelmetall-Einkaufsbüro, Schmelzerei
Weberstraße 31 (Alexander 4243)

Möbel
In grosser Auswahl und guter Ausführung auf
Bar oder Kredit!
Möbel-Gross
Große Frankfurter Str. 141
Invalidenstr. 5, Eing. Ackerstraße.
— Kriegsanleihe und Spareinlagen nehme in Zahlung. —

Möbel liefert **gegen bar** und auf **Teilzahlung**
zu billigsten Preisen:
Wohnzimmer
Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
Farbige Küchen
Einzelne Möbel
Größte Rücksichtnahme.
Liefere auch n. auswärts.
Möbel-Cohn
Gr. Frankfurter Str. 58
5 Min. v. Alexanderpl.
Filiale: Badstr. 47–48.
5 Minuten v. Bhf. Gesbr.

Aluminium Kochgeschirr
in noch nie dagewesener Qualität, weil aus Heeresmaterial, der Stolz jeder Hausfrau, liefern wir zu billigsten Preisen zur Ansicht mit Rücksendungsrecht bei Nichtgefallen auf Wunsch gegen
Monatsraten
Verlangen Sie sofort illustr. Preisliste über Aluminium-Geschirr umsonst von der
Möra Berlin SO 1907
oder besuchen Sie uns Alexandrinenstr. 97

Richard Oswald Lichtspiele
DIREKTION GEBR. KÖTTNER
Köpenicker Straße 68 (National-Theater)
Das Tagesgespräch von Berlin! Nur noch 3 Tage:
Die Arche
7 Akte. Regie: Richard Oswald.
Der aufsehenerregende 6. Akt:
Auf dem Totenschiff „Helvetia"
Eintrittspreise von 1,10 Mark ab.
Vorstellungen 6³⁰ 8³⁰

Schau-Burg
am Potsdamer Platz
Ecke Prinz-Albrecht-Straße (früher Hofjäger)
Heute, abends 6¼ Uhr:
Jettatore
Die geheimnisvolle Macht
Film in 6 Akten. — Hauptdarsteller:
Bruno Decarli — Lee Parry
Violetta Napierska.
Spielleitung: Richard Eichberg.
Der Kammerdiener seiner Frau
Hauptdarsteller: Paul Heidemann.

Konditorei u. Café Hohenstaufen
Kottbuser Damm 76, Inh. Otto Pollmann,
hält sich den Genossen bestens empfohlen.

Platin Gramm höchste Preise,
Gebisse bis 850 M.
Zähne mit Platinstiften 3 M., 30 M. bis 40 M.
Gold, Silber, in jeder Form, kauft
Frau **Linke,** Blücherstraße 40,
8 bis 8 Uhr. Portal II, II. Et.

Berliner
Möbelvertrieb
Spandauer Brücke 4/5 Bahnhof Börse
Schlaf-, Speise-, Herrenzimmer
Küchen von 350 Mk. an
Teilzahlung gestattet. Kriegsanleihe nehme in Zahlg.

Zähne naturgetreu wie echte.
Friedenskautschuk, bestes Material, pro Zahn von 6.— Mark an. / Keine Kriegsware.
Spezialität: Goldkronen von 30.— M. an.
Teilzahlung gestattet. Garantie 5 Jahre.
Schonendste Behandlung, speziell für Kranke und Nervöse.
Zahnziehen unentgeltlich. Reparaturen, Umarbeitungen sofort.
Max Fabian, Dentist
Neue Königstr. 38 I. 2 Min. vom Alexanderpl.

Spezial-Arzt für Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, speziell veraltete hartnäckige Harnleiden. Ausschlag, Salvarsan-Kuren. Urin- und Blutuntersuchungen. : : : Separates Damenzimmer.
Erste und älteste Heil-Anstalt Löser
Dir.: Löser senior. Spezial-Arzt Dr. Skotti
nur **Rosenthaler Straße 69-70,** Ecke Linienstraße, 9-1, 4-9, Sonnt. 10-1.

Ankauf von **Zahngebissen**
J. Weinstock G. m. b. H.
Mohrenstraße 16
Hausvogteipl. 14a, a. Jerusalemstr.
Charlottenburg, Wallstr. 5
Geöffnet 9–6 Uhr

Ankauf von
Juwelen
zum vollen Taxwert
J. Weinstock G. m. b. H.
Mohrenstraße 16
am U.-Bahnh. Friedrichstr.
Kein Laden!

Platin Gramm bis 50 Mk.
Gold und Silber
zum höhen Tageskurs kauft
J. Weinstock G. m. b. H.
Mohrenstraße 16
Hausvogteipl. 14a, a. Jerusalemstr.
Charlottenburg, Wallstr. 5

Seeligs Möbelhaus
nur **Elsasser Straße 8**
Speicherräume im Fabrik-Gebäude. Ständige Gelegenheitskäufe in neuen und gebrauchten Wohnungs-Einrichtungen, von den einfachsten bis zu den vornehmsten.
Herren-, Speise- und Schlafzimmer
besonders preiswert. Bunte Küchen von M. 175.— an.
Spezialität:
Kleiderschränke, Vertikos, Bettstellen,
staunend billig.
Verkaufszeit von 9–7 Uhr.
Der weiteste Weg macht sich bezahlt!

Stoffe
zur Damen- und Herrenbekleidung
Futterstoffe / Knöpfe
Konfektion
für Damen u. Mädchen
Maßanfertigung
C. Pelz
SO 26, Kottbuser Str. 5

Roland-Festsäle
Elsasser Str. 26.
Kabarett und Diele
Bier- und Weinausschank
Reichhaltige Mittag- und Abendkarte
Täglich
Auftreten erstklassiger Kräfte
Anfang 7½ Uhr — Anfang 7½ Uhr
Nach der Vorstellung
TANZ
Säle und Vereinszimmer bis 400 Personen fassend, für Versammlungen und Hochzeiten noch frei.

Bildungsausschuss U.S.P. Neukölln
Die für den 28. Oktober angekündigte Vorstellung im Rose-Theater
„Das Gesetz"
findet bereits am **21. Oktober** statt. Die Karten behalten ihre Gültigkeit. Karten à 2.00 M. für den 21. und 22. sind noch zu haben in der Buchhandlung „Freiheit", Schiffbauerdamm 19, Neukölln, Neckarstr. 3, und bei den Bezirkskassierern.

Platina Gramm 60 M.
Zähne mit Platinstift 3 M. bis 40 M.
Alte Gebisse bis 750 M.
Gold, Silber kauft
Frau Knuth, Zionskirchstr. 54, v. II
(Ecke Anklamer Straße und Brunnenstraße).

Zahnarzt Falkenstein
Wissenschaftlich anerkanntes Spezialverfahren für Anästhesie
(eigene bei Herzleidenden, Nervösen und sehr Sensiblen bewährte Betäubung)
Befestigung loser Zähne
Kantstraße 132, hochpart., Steinplatz 7396.

Karbid-Lampen
von Mk 2.95, 4.90, 8.—, 12.—
Schweizer Carbid billig
Prima Brenner 30, 60, 80 Pfg.
Eugen Schmidt
Billige Quelle für Wiederverkäufer.
Ramlerstraße 37.
Fahrgelegenheit: 5, 8, 35, 36, 39, 42 Stadtbahn.

Der moderne Metallarbeiter
Ratgeber für Dreher, Schlosser u. Maschinenbauer (Gewinde-, konisch drehen) 400 S., 150 Abb., 21 Tab.
Die Fräserei (erscheint erst nächsten Monat) Lehr- und Handbuch, 288 S., 150 Abb., 33 Tab.
Kalkulation im Maschinenbau u. mod. Arbeitsmethoden, 288 S., 153 Abb., 22 Tab.
Jedes Buch (von O. Schwenzl) geb. 6,50 zuzgl. 10% z. Porto.
E. HERRMANN, Abt. 9, Berlin, Fruchtstr. 51

Verlangen Sie
kostenlos ein Probeheft
DIE FREIE WELT
Illustr. Wochenschrift der U. S. P. D.
Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt vom Verlag BERLIN NW 6, Schiffbauerdamm 19

In folgenden Speditionen werden
Botenfrauen
eingestellt:
Spedition **Lode,** Markusstraße 23.
" **Sinner,** Skalitzer Straße 101.
" **Bernsee,** Steglitz, Mommsenstr. 59.
" **Girschner,** Gitschiner Straße 92
" **Goetze,** Treskowstraße 22.
" **Bartsch,** Tempelhof, Werder Str. 30.
" **Nessler,** Wilmersdorf, Hindenburgstr. 34
" **Hackbarth,** Michaelkirchplatz 2.

Gegründet 1863
PELZ-Waren
en gros — Export
Einzelverkauf
wie alljährlich preiswertestes Angebot in Kragen, Muffen und Pelzhüten, Fuchsgarnituren in großer Auswahl. — Reparaturen prompt und billig.
Ad. Abrahamsohn Nachfg.
26¹ Neue Königstraße 26¹

Möbel
auf Kredit
Wohn-, Schlaf-, Speisezimmer
moderne Küchen sowie Einzel-Möbel zu kulantesten Bedingungen liefert
Grebler,
G. m. b. H.
Weinbergsweg 4

Sympathiekundgebungen für die Metallarbeiter.

Die Lage.

Vom Streik wäre zu berichten, daß im weiteren 5 Firmen die Forderungen bewilligt haben, somit 91 Firmen der Vereinbarung beigetreten sind. In Streik getreten sind erneut 13 Firmen mit über 1000 Beschäftigten.

*

Die streikenden Obleute nahmen Kenntnis von dem Schriftwechsel mit dem Reichsarbeitsminister, ebenso von dem Telegramm des Reichsarbeitsministers Schlicke. Dieser ersucht die Industriellen um Verhandlungen. Das Arbeitsministerium hat Anweisung dazu erhalten. Die offizielle Mitteilung des Reichsarbeitsministeriums über Verhandlungen ist bis zur Stunde noch nicht eingelaufen.

Wir bringen hiermit unsern Kollegen das Schreiben des Reichswehrministers Noske zur Kenntnis:

Oberkommando Noske. Berlin, den 10. Oktober 1919.
Ic Nr. 51 525 AI 1031 Pre.

„Der Ortsverwaltung Berlin des Metallarbeiter-Verbandes wird hiermit die Genehmigung erteilt, für die Zeit vom 10. 10. bis einschließlich 13. 10. 19 ein gewerkschaftliches Nachrichtenblatt unter folgenden Bedingungen auszugeben:

1. Der Inhalt des Nachrichtenblattes hat sich lediglich auf rein gewerkschaftliche Mitteilungen und Nachrichten zu beschränken. Die Aufnahme von sonstigen Artikeln irgendwelcher Art, sowie von Inseraten und Annoncen ist untersagt.

2. Das Nachrichtenblatt unterliegt einer Vorzensur. Es ist hierzu der Abteilung Ic des Oberkommandos Noske, Bendlerstraße 13, vor Drucklegung vorzulegen.

3. Die Unterlagen der Zeitung „Freiheit“ für den Boten- und Expeditionsbetrieb werden, soweit sie für den Vertrieb des Nachrichtenblattes erforderlich sind, freigegeben. Die Durchführung der Freigabe hat nach näherer Anordnung und unter Ueberwachung des Polizeipräsidiums zu erfolgen.

Oberkommando Noske. Ic Nr. 51 525 AI 1031 Pre.
Stempel.“

Wir knüpfen daran die Bemerkung, daß durch die Besetzung der „Freiheit“ die praktische Ausführung unmöglich war.

Wir müssen die Kollegen, die die Kontrollstellen unter sich haben, anweisen, unter keinen Umständen Tage im Voraus oder rückwirkend abzustempeln. Die Leiter der Kontrollstellen werden hiermit ersucht, zu einer Besprechung am Donnerstag, den 16. d. M., nachmittags 4 Uhr, im Arbeitsnachweis, Linienstraße 8, zu erscheinen.

Die Außenmonteure, die durch die Streikleitung zurückberufen werden, haben dem unbedingt Folge zu leisten.

Bei der Firma Arndt, Feunstraße, sollen die Lehrlinge Arbeiten der Transportarbeiter verrichten. Die Lehrlinge, die sich weigerten, das zu tun, wurden vom Ingenieur Lutz geschlagen.

Von mehreren Stadtverwaltungen lagen Anträge auf Verrichtung von Notstandsarbeiten vor. Diese Anträge wurden der Streikleitung der Rohrleger überwiesen.

Die verwundeten Versammlungsteilnehmer der 30 Donnerstagversammlungen werden durch die Fünfzehner-Kommission unterstützt.

Es sind wieder in großer Menge Sympathieerklärungen von allen Organisationen eingelaufen. Es ist unmöglich, sie im Wortlaut zu bringen.

Die Gewerkschaftskommission der Groß-Berliner Gewerkschaften.
Die Fünfzehner-Kommission.

Sympathieerklärungen.

Die am 13. d. M. tagende Funktionärversammlung des Deutschen Eisenbahner-Verbandes, Bezirk Berlin, in den Andreas-Festsälen spricht den im Kampfe befindlichen Metallarbeitern nach einem Bericht der Fünfzehner-Kommission ihre vollste Sympathie aus. Sie erklärt weiter, daß sich diese Sympathie nicht nur auf die Erklärung beschränken wird, sondern gelobt, **alle moralischen und finanziellen Hilfskräfte zu mobilisieren, um den Sieg der kämpfenden Arbeitsgenossen sicherzustellen.**

Weiter hat sie den gegnerischen Pressefeldzug in seiner ganzen Lügenhaftigkeit erkannt und wird es als ihre vornehmste Aufgabe betrachten, die beteiligten Kollegen im Sinne dieser Entschließung aufzuklären.

Die am 14. Oktober im Lokal Klostergarten in Plötzensee abgehaltene Versammlung der 5. Inspektion der Großen Berliner Straßenbahn erklärte, daß sie den streikenden Metallarbeitern ihre volle Sympathie entgegenbringe und entschlossen sei, im gegebenen Moment den Anforderungen der 15er Kommission und der Berliner Gewerkschaftskommission Folge zu leisten.

Die Branchenkommission der Gasarbeiter beschäftigte sich am Montag, 13. Oktober cr., in Wegeners Lokal Seidelstraße 30, mit dem vom Zentral-Schlichtungsausschuß gefällten Schiedsspruch. In der Aussprache wurde besonders darauf Wert gelegt, die Gasarbeiter als Schwerarbeiter anerkannt zu sehen.

Die Kommission beschäftigte sich ferner mit dem Metallarbeiterstreik. Nach längerer Aussprache wurde folgende Resolution gefaßt:

„Die Vertrauensleute der Groß-Berliner Gaswerke erklären hiermit, daß sie den Beschluß der Obleute der Maschinisten und Heizer vom 12. d. M. betreffs Verhandlungen zwecks Beilegung des Metallarbeiterstreiks sich zu eigen machen. Sie verurteilen ganz besonders aufs schärfste die Maßnahmen des Oberkommandos Noske, nach welcher es der Fünfzehner-Kommission, wie der Gewerkschaftskommission unmöglich gemacht wurde, die Groß-Berliner Arbeiterschaft auch nur in der Form einer rein gewerkschaftlichen Mitteilung von dem Stand des Metallarbeiterstreiks zu informieren, indem man den Druck dieser Mitteilungen durch militärische Besetzung der Druckerei verhinderte.

Die Vertrauensleute erklären ferner, daß die Arbeiterschaft der Gaswerke sich nicht dauernd die Vergewaltigung der Presse- und Versammlungsfreiheit gefallen lassen wird. Sie lehnen aber gleichfalls die Verantwortung für alle Folgen, welche aus dieser Rechtlosmachung der Arbeiterschaft entstehen, ab.“

*

Achtung! Holzarbeiter! Im Anschluß an die Versammlung über den Zusammenschluß der Holzindustrie, die heute Mittwoch, abends 6½ Uhr, in Haverlands Festsälen, Neue Friedrichstr. 35, stattfindet, nehmen die Berliner Holzarbeiterfunktionäre Stellung zum Metallarbeiterstreik. Berichterstatter ist ein Mitglied der Fünfzehner-Kommission. Die Ortsverwaltung.

Maschinisten und Heizer der Schwartzkopff-Werke B. M. A. G. Wildau, heute, Mittwoch, den 15. Oktober 1919, mittags 12 Uhr, Versammlung im Kasino. Die Streikleitung.

Bergmann-Werke Rosenthal. Auszahlung der Streikunterstützungen ist Donnerstag, vormittags 10—11 Uhr, im Streiklokal. Die Streikleitung.

Bergmann-Werke Rosenthal. Auszahlung der Streikunterstützungen für die Abteilungen Wickelei, Oelschalterbau und Formgießerei Donnerstag, den 16. d. M., vormittags 10—11 Uhr, im Streiklokal. Die Streikleitung.

Firma Fritz Werner, Marienfelde. Mittwoch, 11 Uhr vormittags, Betriebsversammlung im Schwarzen Adler, Mariendorf, Chausseestr. 43. Quittungen sind zu unterschreiben. Die Streikleitung.

Firma Hartung, Lichtenberg. Die Kollegen der Kontrollkarten von 1—288, auch die Unorganisierten, am Mittwoch, den 15. d. M., zur Unterschrift der Quittungen von 10—12 Uhr. Die Zahlung des Streikgeldes findet am Freitag von 12—2 Uhr, beides im Vereinslokal, statt. Die Streikleitung.

Schütte u. Teichen. Freitag, den 17. Oktober, 2 Uhr nachmittags, Quittungen unterschreiben im Streiklokal. Die Streikleitung.

Achtung! N. A. G., Oberschönweide. Auszahlung der restierenden Löhne am Donnerstag, 2 Uhr, im Fahrschuppen. Quittung unterschreiben von 139—559 im Streiklokal von 10 bis 2 Uhr. Die Streikleitung.

Fritz Werner A.-G., Werk Lützowstraße. Betriebsversammlung am Mittwoch, den 15. d. M., 9 Uhr vorm., im „Nationalhof“, Bülowstr. 87.

Achtung! C. Lorenz, Tempelhof. Kollegen und Kolleginnen! Die Auszahlung findet am Freitag in der Bockbrauerei statt. Nr. 1—300 und Abt. 14, 15, 24 von 9—10 Uhr, 301—600 10 bis 11 Uhr, 601 bis Schluß 11—12 Uhr. Anschließend Betriebsversammlung. Die Streikleitung.

Ludwig Löwe, Huttenstraße. Mittwoch, 4½ Uhr: Wichtige Betriebsversammlung im Klostergarten, Plötzensee.

Deutsche Nationalversammlung

98. Sitzung. Dienstag, den 14. Oktober 1919.

Auf eine Anfrage des Abg. Wurm (U. Soz.) nach dem Schicksal des von der Sozialisierungskommission beschlossenen Entwurfes eines Rahmengesetzes über die Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben wird mitgeteilt, daß der ausgearbeitete Entwurf sich nicht als geeignet erwiesen habe, der Nationalversammlung vorgelegt zu werden (hört, hört bei den U. Soz.); der neue Entwurf habe bei der Schwierigkeit der Materie noch nicht fertiggestellt werden können.

Darauf wird die Aussprache über die **Preissteigerung des Leders** sowie über die Anträge **auf Abbau der Zwangswirtschaft** fortgesetzt.

Abg. **Davidsohn** (Rechtssoz.): Die Zwangswirtschaft fällt nicht wegen der Unzufriedenheit der Bevölkerung, sondern weil Kapitalisten sie unterwühlen. Den Schuhmachern fehle es an Reparaturleder. Auf der anderen Seite herrsche dagegen unglaublicher Luxus. Eine ganze Anzahl von Organisationen hat die Wiedereinführung der Zwangswirtschaft gefordert. Zeitungsstimmen haben von einem mißglückten Experiment gesprochen und die Regierung aufgefordert, wenigstens Richtpreise festzusetzen, und eine praktische Zwangswirtschaft für die Uebergangszeit einzuführen. Auch die Fachpresse hat die jetzigen Zustände als unhaltbar bezeichnet. Die „Lederzeitung“ hat die bei der ersten Berliner Häuteauktion erzielten Preise Wucherpreise genannt. So einfach wie die Herren auf der Rechten sich den Abbau der Zwangswirtschaft denken, ist er schon deswegen nicht, weil das Spekulantentum sich nicht um die Interessen des Volkes, sondern nur um den eigenen Nutzen kümmert. Man müßte zu einem Verbrauchersozialismus gelangen, denn die Verbraucher sind zuletzt immer die Leidtragenden. Daß der Reichswirtschaftsminister nicht wieder zur Zwangswirtschaft zurück will, kann ich ihm nachfühlen. Ich bin im Gegensatz zu den Herren von der Rechten der Ansicht, daß die Aufhebung zu früh erfolgt ist. Solange wir eine Zwangslage haben, brauchen wir auch eine Zwangswirtschaft.

Abg. Dietz (Zentr.): Die Freigabe der vom Staate bewirtschafteten Güter ist notwendig im Interesse der auf die vorhandenen Vorräte angewiesenen Bevölkerung. Dabei sind aber strengste Maßnahmen gegen Wucherer vorzusehen.

Reichswirtschaftsminister Schmidt: Bei Aufhebung der Zwangswirtschaft würde das Brot 8 M., das Pfund Fleisch 10 bis 12 M., der Liter Milch 8 M. kosten. Wir würden dann in allen Wirtschaftszweigen dieselben üblen Erscheinungen erhalten, wie sie gegenwärtig auf dem Gebiete der Lederwirtschaft herrschen. Ich hoffe, daß die Landwirte sich ihrer Pflicht als Deutsche und als Landwirte bewußt bleiben. In der Lederindustrie ist zur Zeit das Wichtigste die Hebung unserer Produktion, selbst auf Kosten der Verbraucher. Augenblicklich besteht gar keine Möglichkeit zu einer Aenderung. Wir müssen Leder ausführen, um Felle hereinzubekommen. Auch für die Textilindustrie muß Arbeit besorgt werden.

Abg. Dr. Böhme (Dem.): Von einem Ablieferungsstreik der Landwirte ist keine Rede. Wenigstens hätten wir für das jetzige Jahr des Ueberganges die Befreiung der kleinen Betriebe von der Zwangswirtschaft gewünscht. Fünf Sechstel des deutschen Volkes begreifen nicht, daß die Streikenden nicht ganz anders angefaßt werden.

Abg. Dr. **Semmler** (Dnat.): Die deutsche Landwirtschaft muß wieder hochkommen. Die deutsche Landwirtschaft will schon, aber Sie (nach links) wollen nicht arbeiten. Die Regierung muß für Einfuhr künstlichen Düngers sorgen. Die Schweinezucht muß wieder gehoben werden.

---

10)

Jimmie Higgins.

Roman von Upton Sinclair.

Aus dem Manuskript übertragen von Hermynia Zur Mühlen.

Nun erklärte er der Leesviller Gruppe, was er von den Salonrevolutionären halte, die einer kirchengeknechteten Gemeinschaft schmeicheln. Der Wilde Bill hatte seinerzeit der Diskussion über den „§ 6“ gelauscht, welcher sich gegen Sabotage und Gewalt aussprach, und die gleichen Leute, die damals diesen mittelalterlichen Schwindel begeistert verfochten hatten, versuchten jetzt, die Ortsgruppe für die Verteidigung der britischen Seemacht zu begeistern. Was zum Teufel kümmerte es den Arbeitern, ob der Kaiser eine Eisenbahn nach Bagdad besitze oder nicht? Freilich, wenn einer in England zur Schule gegangen ist, eine englische Frau hat, sich als englischer Gentleman fühlt!“ Ein Schauder durchlief die Anwesenden, denn jeder wußte, dies sei auf Dr. Service gemünzt. — Gut, dann möge der Betreffende mit dem nächsten Schiff den Ozean überqueren und sich anwerben lassen, doch solle er nicht versuchen, die Ortsgruppe in ein Werbelokal zugunsten britischer Großgrundbesitzer und Aristokraten zu verwandeln.

Diese Worte schienen den Genossen Norwood, den jungen Advokaten, der den § 6 ausgearbeitet hatte, heftig zu reizen. Aufschnellend fragte er, warum die Leute, die mit den Statuten der Sektion nicht einverstanden sind, nicht austreten und eine eigene Organisation gründen?

„Weil,“ entgegnete Murray, „wir die Sabotage dem Streik vorziehen.“

„Mit anderen Worten,“ rief Norwood, „sie wollen in der Ortsgruppe bleiben und durch Hohn und persönliche Gehässigkeiten ihre Gegner vertreiben?“

„Dies ist seit Monaten das erstemal, daß wir das Vergnügen haben, den Genossen Norwood auf einer Versammlung zu sehen,“ bemerkte der Wilde Bill mit beißender Gelassenheit. „Vielleicht wußte er, daß wir heute aufgefordert werden würden für Kitchener ein Regiment zu stellen!“

Genosse Stankewitz sprang von seinem Sitz auf; sein mageres, lebhaftes Gesicht trug einen bekümmerten Ausdruck. „Genossen, so werden wir nicht weiter kommen! Für uns gibt es nur eine einzige Frage: Sind wir Internationalisten, ja oder nein?“

„Mich deucht,“ warf Norwood ein, „die Frage lautet: Sind wir Antinationalisten?“

„Gut,“ schrie der kleine Jude, „meinetwegen. Ich bin Antinationalist! Und dies müssen alle Sozialisten sein!“

„Ich fasse die Sache anders auf,“ entgegnete der Advokat. „Es ist natürlich leichter für eine Rasse, die seit zweitausend Jahren heimatlos . . .“

„Wer wird jetzt persönlich?“ höhnte der wilde Bill.

III.

Solches ereignet sich in der Leesviller Ortsgruppe. Das Ergebnis der Debatte bestand darin, daß Genosse Dr. Service erklärte, er wolle mit der sozialistischen Partei von heute ab nichts mehr zu tun haben. Er knöpfte seinen schönen schwarzen Rock über der Brust zu und verließ feierlich den Raum. Die noch übrige Versammlungszeit wurde hauptsächlich von der Diskussion über seine Person und seinen Einfluß in der Ortsgruppe ausgefüllt. Er sei gar kein Sozialist, behauptete Schneider, sondern ein englischer Aristokrat oder so etwas ähnliches; zwei Brüder seiner Frau dienten im Expeditionskorps, ein Neffe hatte sich bei den Territorialen gemeldet und ein zu Besuch weilender Vetter stand im Begriff, nach Kanada zu gehen, um ehemöglichst an die Front geschickt zu werden. Doch war die Ortsgruppe trotz dieser schwerwiegenden Tatsachen nicht geneigt, ihren großmütigsten Gönner zu verlieren; die Genossen Gerritz und Goldstein wurden entsandt, ihn zu versöhnen und zurückzuholen.

Was Jimmie Higgins anbelangte, so war das Problem für ihn um vieles einfacher. Er hatte keine Verwandten, und falls er ein „Vaterland“ besaß, so hatte dieses unterlassen, ihn davon in Kenntis zu setzen. Das erste, was seine „Heimat“ für ihn getan hatte, war, ihn einer Negerin zu übergeben, die ihn mit Wassersuppe fütterte und ihn im Winter ohne Decke schlafen ließ. Für Jimmie bestand die Heimat aus einer Ansammlung von Herren und Arbeitgebern, welche kargen Lohn für harte Arbeit bezahlten und die Polizei mit Knüppeln vorschickten, wenn man sich zu rühren wagte. Soldaten waren für Jimmie Leute, die der Polizei zu Hilfe kamen, wenn letztere bedrängt wurde. Der Soldat stolzierte mit geschwellter Brust und der Nase hoch in der Luft einher, und war in Jimmies Augen ein Bleihampelmann, ein Verräter an der Arbeiterklasse.

Aus all diesen Gründen fiel es dem kleinen Maschinisten leicht, dem rumänischen Juden beizustimmen und sich als Antinationalisten zu bekennen. Es fiel ihm auch leicht, zu lachen und Beifall zu äußern, wenn der wilde Bill fragte, was es den Arbeiter kümmere, ob der Kaiser eine Eisenbahn nach Bagdad besitze oder nicht. Jimmie erschütterte es nicht im geringsten, wenn er las, die britische Armee weiche in Frankreich Schritt für Schritt zurück, eine zehnfache Uebermacht aufhaltend. Die Zeitungen nannten dies Heroismus. Jimmie sah bloß eine Unzahl unseliger Tölpel, vor deren Augen eine Fahne geschwenkt wurde, und die sich für einen Schilling den Besitzenden ihrer Länder verkauft hatten. Eine der sozialistischen Zeitungen, die Jimmie zu lesen pflegte, brachte allwöchentlich eine Karikaturenserie, die den Proletarier als harmlosen Toren hinstellte und „Heinrich Blöd“ benannte. Der arme Heinrich glaubte alles, was ihm gesagt wurde, und seine Erlebnisse endigten regelmäßig damit, daß er einen Hieb auf den Schädel bekam, so daß die Funken über die ganze Blattseite sprühten. Die allerlächerlichsten Erlebnisse traten ein, wenn Heinrich Blöd eine Uniform trug. Jimmie schnitt diese Bilder aus und zeigte sie in der Fabrik, sowie bei den Nachbarn herum.

Auch die Nachrichten von den deutschen Greueltaten ließen Jimmie kalt; er glaubte sie nicht, sie gehörten zum Gasgift des Krieges. Waren Menschen bereit, einander mit Bajonetten aufzuspießen oder durch Granaten zu zerreißen, so waren sie sicherlich auch bereit, über einander zu lügen; die Regierungen logen selbstverständlich bewußt, um ihre Soldaten anzuspornen. „Wie?“ dachte Jimmie. „Man will mir weiß machen, die Deutschen seien eine Barbarenhorde? Und ich lebe doch mit hunderten von ihnen zusammen in einer Stadt, treffe auf allen Versammlungen mit ihnen zusammen.“

(Fortsetzung folgt.)

Abg. Wurm (U. Soz.):

Der Verteilungs- und Lieferungszwang muß bleiben. Die Produktion wird sich erst heben, wenn sie von der Gesamtheit übernommen und wenn der Produktionszwang eingeführt wird, allerdings nicht mit Maschinengewehren. Durch einen Appell an die Moral ist bei der Landwirtschaft nichts zu erreichen. Ohne eine Steigerung der Produktion müssen wir verhungern. Sagen Sie (nach rechts) nicht, daß der Arbeiter nicht arbeiten will. Der ausgehungerte Arbeiter kann nur nicht mehr so schaffen wie bisher. Die Städter als Verbraucher haben den Nachteil davon, wenn in der Landwirtschaft nicht genügend gearbeitet wird. Bei der Versorgung mit Fleisch sind wir in Berlin für die laufende Woche um neunmal Hunderttausend Pfund im Rückstand. Wohin soll das führen? Wir müssen zu einer planmäßigen Bewirtschaftung in Deutschland kommen. Der einzige Weg dazu ist die Sozialisierung. Trotz erhöhter Preise wird von der Landwirtschaft nicht genügend Getreide und Vieh abgeliefert. Wo der Grundbesitz die Macht hat, den Interessen der Verbraucher entgegenzutreten, da macht er davon rücksichtslos Gebrauch. Wenn das Geld im Kasten klingt, dann liefert er wohl, aber ein Appell an die Menschenliebe nützt bei ihm nichts. Nur die Sozialisierung der Landwirtschaft kann Deutschland retten. Den demokratischen Antrag lehnen wir ab.

Abg. Dusche (D. Vp.): Wir haben überhaupt keine Wirtschaft, sondern eine Mißwirtschaft. Es ist eine unerhörte frivole Unterstellung, wenn der Abg. Wurm sagt, ein Appell an das gute Herz der Landwirtschaft hätte keinen Zweck. Eine Zwangswirtschaft und Sozialisierung der Landwirtschaft würde zum Ruin Deutschlands führen.

Nach weiteren Ausführungen wird der deutschnationale Antrag in der Form angenommen, daß die Zwangswirtschaft für Brotgetreide, Milch, Fett und Fleisch erst dann aufgehoben werden soll, wenn die Versorgung des Volkes damit gesichert ist.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr (Deutsch-polnischer Vertrag, Etat für den Reichspräsidenten, Postverwaltung).

Schluß 7 Uhr.

Aus der preußischen Landesversammlung.

Bei äußerst geringer Besetzung des Hauses wurde gestern die Beratung des Eisenbahnetats fortgesetzt. Auf der einen Seite buhlen die bürgerlichen Redner ganz augenfällig um die Gunst der in Staatsbetrieben Beschäftigten. Auf der andern aber verunglimpften dieselben Redner die Eisenbahnarbeiter in der unerhörtesten Weise.

Genosse Bellert (Solingen) rechnete mit diesem Treiben gebührend ab. Wenn einmal ein Arbeiter eine Schraube oder sonstige Kleinigkeit mit nach Hause nehme, werde ein gewaltiges Geschrei angestimmt. Wenn aber, wie in Elberfeld z. B., von höheren Beamten Schiebereien in riesenhafter Ausdehnung ausgeführt werden, dann werden alle Hebel in Bewegung gesetzt, um dem Untersuchungsausschuß der Angestellten seine aufklärende Tätigkeit unmöglich zu machen. Auch hier sollen die kleinen Diebe gehenkt, die großen aber laufen gelassen werden.

Den Eisenbahnern soll das Streikrecht aberkannt werden, um sie zu gefügigen Ausbeutungsobjekten zu machen. Anscheinend erstrebt man eine neue Aera Breitenbach. Wie in der Kriegszeit, will man auch heute die Arbeiter, die sich in Wahrnehmung ihrer berechtigten Interessen befinden, mit den Bajonetten zur Arbeit zwingen. Man wird aber das Gegenteil erreichen. Jahrelang haben die Eisenbahner hungern müssen, und wenn sie jetzt Besserung verlangen, sind stets erst die schwersten Kämpfe erforderlich. Dagegen bezichtigt man hier im Hause die Eisenbahner der Arbeitsunlust und spricht davon, daß die Arbeiter eigentlich nur Anwesenheitsgelder beziehen. Das sind beleidigende Anschuldigungen, die wir mit aller Entschiedenheit zurückweisen, weil wir wissen, daß angesichts der erschwerenden Umstände, des Material- und Werkzeugmangels, die Arbeiter ihre volle Schuldigkeit tun. Folglich ist es überflüssig, mittels Akkord- oder Prämiensystems nachzuhelfen, und wir lehnen das ab. Wollen Sie Lust und Liebe zur Arbeit steigern, dann geben Sie den Arbeitern das volle Mitbestimmungsrecht. Was soll man aber dazu sagen, daß sogar die Rechtssozialisten die Anwendung des Streikrechts durch Eisenbahner als Verbrechen am Volke bezeichnen? Auf diese Weise schaffen Sie Arbeiter zweierlei Rechts.

Wie unberechtigt das Geschrei über die Arbeitsunlust der Arbeiter ist, zeigt ein Beispiel aus dem Bitterfelder Bezirke. Dort droht ein Ausstand der Kohlenbergleute, weil sie infolge ungenügender Beschäftigung bittere Not leiden.

Unfähigkeit und böser Wille hindern das Wiederaufleben unserer Wirtschaft und des Verkehrs. Das kann nur anders werden, wenn den Arbeitern überall ein maßgebender Einfluß eingeräumt wird.

Bei Durchführung der kürzlich beschlossenen einmaligen Beschaffungsbeihilfen haben sich Härten insofern ergeben, als diejenigen, die erst nach dem 8. März in Beschäftigung getreten sind, völlig ausfallen. Gerade bei denen ist aber eine besondere Notlage anzunehmen. Wir beantragen deshalb, auch diesen Arbeitern eine Beihilfe zu gewähren, und zwar gestaffelt nach der Dauer der Beschäftigung. (Beifall.)

Dieser Antrag wurde dem Staatshaushaltsausschuß überwiesen. Im übrigen wurde der Etat mit den dazu gestellten Anträgen angenommen. Einem Antrage, der die Eisenbahner zu „treuer Pflichterfüllung" aufruft, haben unsere Vertreter ihre Zustimmung versagt, weil sie darin eine Beleidigung für die Eisenbahner erblickten.

Es folgte die zweite Beratung über die Schaffung einer selbständigen Provinz Oberschlesien. Genosse Lichtenstein wies nach, daß die Absicht, durch die Gewährung der Autonomie die Abstimmung über die Zugehörigkeit zum Reich günstig zu beeinflussen, nicht erreicht werde, weil die brutale Gewaltpolitik heftigen Groll bei der Arbeiterschaft erweckt hat. Anstatt die berechtigten Forderungen anzuerkennen, hat man die Grenzschutztruppe mit Maschinengewehren auf die Arbeiter gehetzt. Das System Hörsing hat in Oberschlesien alles verdorben.

Wie zu erwarten, wurde der Kompromißantrag der Mehrheitssozialisten angenommen.

Nächste Sitzung: Mittwoch 12 Uhr.

Aus der Partei.

Die Organisationen zum Parteitag.

In der Sonntags in Sangerhausen abgehaltenen außerordentlichen Kreisgeneralversammlung der unabhängigen Parteiorganisation Sangerhausen-Eckartsberga wurde nach einem Referat des Bezirkssekretärs Leipner-Halle einstimmig folgende Entschließung angenommen:

„Die Generalversammlung der U. S. P. für Sangerhausen-Eckartsberga wendet sich scharf gegen die Beteiligung an dem Genfer Kongreß der 2. Internationale. Sie erklärt sich für den Zusammenschluß aller revolutionären Parteien in der 3. Internationale."

Zum Parteitag in Leipzig wurden drei Delegierte gewählt. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde mitgeteilt, daß die Kreisorganisation jetzt 52 Ortsvereine mit über 6000 Mitgliedern [illegible] gegen sechs Vereine mit knapp 600 Mitgliedern Anfang November vorigen Jahres. Beschlossen wurde, das Frauenorgan „Die Kämpferin" obligatorisch für alle weiblichen Mitglieder einzuführen. Die neue kommunalpolitische Zeitschrift der Partei, „Die sozialistische Gemeinde", soll in jedem der zahlreichen Landorte mit unabhängigen Gemeindevertretern in mindestens einem Exemplar gelesen werden. Zum Kreisvorsitzenden wurde Genosse Franzke-Sangerhausen wiedergewählt.

*

Der Kreisverein für das Industriegebiet Groß-Stuttgart hat folgende Anträge an den Parteitag zur Taktik der Partei gestellt:

1. Die Partei hält fest an den Grundlinien des Aktionsprogramms, wonach wir uns auf jeden Kampfplatz stellen, einschließlich der Parlamente. Die Tätigkeit innerhalb der Parlamente muß getragen sein von revolutionärem Geiste, jedes Kompromiß, jede reformistische Tätigkeit ist, weil unvereinbar mit dem revolutionären Klassenkampf, zu unterlassen.

2. Den Beitritt zur 2. Internationale lehnt die Partei ab. Der Parteivorstand wird beauftragt, mit den oppositionellen Elementen der Ententestaaten und den Parteien der 3. Internationale in Fühlung zu treten zur Aufrichtung einer revolutionären, internationalen Arbeiterunion.

3. Abgeordnete der Partei können am Parteitag nur mit beratender Stimme teilnehmen.

4. Reichskonferenzen sind tunlichst zu vermeiden, da sie nie ein getreues Spiegelbild der Stimmung in der Partei geben.

Der Streik der städtischen Hilfsangestellten.

Der Ausbruch des Streiks.

Verhandlungen heute mittag.

Der Streik der städtischen Hilfskräfte Berlins ist wider Erwarten plötzlich ausgebrochen, nachdem die Angestellten in Neukölln vorangegangen waren. Kurz nach 12 Uhr haben gestern mittag sämtliche Hilfskräfte des Berliner Magistrats in einer Stärke von etwa 15 000 Personen die Arbeit niedergelegt. Infolgedessen mußte der Betrieb in den meisten Bureaus bald gänzlich eingestellt werden, da die nicht am Streik beteiligten Beamten außerstande waren, das Publikum abzufertigen. Zudem haben die Beamten durch ihre Organisation zum Ausdruck bringen lassen, daß sie nur in lebenswichtigen Abteilungen die Arbeiten der Angestellten erledigen wollen. Es kann aber davon keine Rede sein, daß sie die Hilfskräfte ersetzen könnten.

Wie berichtet wird, erstreckt sich der Streik auch auf die Bureaus der Lebensmittelversorgung, der Kohlenbelieferung, die Brotkommissionen, die Fettstelle für Milch und Butter, die Fleischstelle, die Krankenernährung und die Bezugscheinstelle. So mußte der Streik von der Bevölkerung als recht unangenehm empfunden werden.

Die Streikleitung verbreitet darüber folgende Nachricht: Nachdem vom Magistrat bis gestern mittag 12 Uhr keine Antwort auf das bis dahin befristete Ultimatum eingelaufen war, war die Streikleitung, gebunden durch einen Beschluß, gezwungen, den Streik ausrufen zu lassen. Zwischen 12 und 1 Uhr ließ der Magistrat die Zentralstreikleitung davon in Kenntnis setzen, daß um ½2 Uhr im Rathause Vertreter des Magistrats zwecks Fühlungnahme mit der Zentralstreikleitung sein werden. Im Laufe dieser unverbindlichen Unterredung wurde schließlich für

Mittwoch 12 Uhr ein Verhandlungstermin

festgesetzt. — Im Laufe des Nachmittags erschienen die Deputationen der gewerblichen Hilfskräfte Neuköllns, Lichtenbergs und anderer Vororte und boten der Zentralstreikleitung der Hilfskräfte an, sofort für dieselben in einen Sympathiestreik treten zu wollen. Die Zentralstreikleitung nahm von dem Angebot Kenntnis, bedeutete den betreffenden Deputationen aber, solange warten zu wollen, bis sie von der Zentralstreikleitung dazu aufgerufen werden.

Die Deputation Neuköllns gab darauf die Erklärung ab, daß in den Betrieben jetzt schon passive Resistenz zugunsten der Hilfskräfte geübt werde, und daß, falls bei den morgigen Verhandlungen kein für die Hilfskräfte günstiges Resultat erzielt werden sollte, die gewerblichen Hilfskräfte Neuköllns geschlossen in einen Sympathiestreik treten würden.

Verschiedene Vorortgemeinden haben die Zentralstreikleitung davon in Kenntnis gesetzt, mit der Zentralstreikleitung sofort in Sonderverhandlungen treten zu wollen.

Bei den Hilfskräften des Magistrats Charlottenburg ist die Sachlage vorläufig noch ungeklärt. Die Beratungen im Angestelltenausschuß haben noch zu keinem Resultat geführt. In Friedenau haben sich die Hilfskräfte mit überwiegender Mehrheit dafür ausgesprochen, sich nicht an einem Streik zu beteiligen. Die Abstimmung soll wiederholt werden. In Tempelhof ist vernünftigerweise der Gemeindevorstand sofort mit den Hilfskräften in Verhandlungen getreten.

Streikgefahr in Lichtenberg.

In der gestern in der Aula des Realgymnasiums stattgefundenen Versammlung der Hilfsangestellten des Magistrats Lichtenberg wurde der Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses fast einstimmig abgelehnt mit der Begründung, daß es den Hilfsangestellten unmöglich ist, mit derartig minimalen Gehaltssätzen ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Sie müßten unbedingt auf den Forderungen bestehen, welche in derselben Höhe gestellt sind wie sie die einfachen Arbeiter der städtischen Werke bereits erhalten.

Die Hilfsangestellten stehen geschlossen hinter ihren Kollegen von Berlin und werden, wenn es sein muß, zu den äußersten Mitteln greifen, um ihre Forderungen durchzudrücken.

Die Ursachen des Streiks.

Von der Zentralstreikleitung, dem Freien Angestelltenverband und dem Zentralverband der Angestellten wird uns folgende Darstellung des Konflikts gegeben: Die kommunalen Hilfskräfte Groß-Berlins waren Ende September an den Magistrat mit der Forderung herangetreten, in Anbetracht der wirtschaftlichen Notlage, in der sich dieselben im Augenblick befinden, eine einmalige Wirtschaftsbeihilfe von 600 M. für Ledige, 1000 M. für Verheiratete und 200 M. für jedes Kind bewilligen zu wollen. Es wurde seitens der Hilfskräfte ganz besonders darauf hingewiesen, daß unter Berücksichtigung der fortwährenden Preissteigerung den Beamten Groß-Berlins diese Wirtschaftsbeihilfe bereits restlos ausgezahlt worden sei. Als schwerwiegender Umstand kommt für die Hilfskräfte noch hinzu, daß sie bis zum 30. April nur Tagelöhne in Höhe von 4,20 M. bezogen hatten, und die nach dem Schiedsspruch vom 30. April bewilligten Durchschnittsgehälter von 875 M. es keinem der Hilfsangestellten gestatten, irgendwelche Anschaffungen usw. für den Winter zu machen. Entgegen diesbezüglichen Falschmeldungen in der Presse sei hiermit ausdrücklich festgestellt, daß der in vollkommen korrekter Wahl zustandegekommene Arbeitsausschuß der Fachgruppe II mehr als einmal versucht hat, mit den zuständigen Gemeindevertretern Groß-Berlins eine Einigung über die Forderung der Hilfskräfte zu erzielen. Verschiedene Vororte konnten nicht umhin, die Notwendigkeit, den Hilfskräften sofort vorschußweise eine Wirtschaftsbeihilfe auszuzahlen, anzuerkennen, und auch die Gemeindevertreter Groß-Berlins betonten bei allen Verhandlungen, daß sie vollkommenes Verständnis für die Notlage der Hilfskräfte Groß-Berlins hätten. Im Gegensatz dazu wurde es aber dem Arbeitsausschuß als Vertreter der Hilfskräfte Groß-Berlins unmöglich gemacht, die Verhandlungen irgendwie zu einem günstigen Resultat bringen zu können. Dem Drängen der notleidenden Kollegenschaft nachgebend, sah sich schließlich der Arbeitsausschuß veranlaßt, noch einmal den Magistrat und die Gemeindevertreter auf die ungeheure Verantwortung aufmerksam zu machen, daß eine evtl. ablehnende Antwort der Magistrate an Komplikationen nach sich ziehen könnte. Inzwischen wurde nun seitens des Arbeitsausschusses der kommunalen Hilfskräfte Groß-Berlins den zuständigen Magistratsvertretern ein neuer Tarifvertragsentwurf vorgelegt mit der Bitte, möglichst bald einen Termin anzusetzen, an dem über den erwähnten Tarif verhandelt werden könne. Es wurde ausdrücklich in dem bezüglichen Schreiben darauf aufmerksam gemacht, daß es sich bei dem neuen Tarifvertrag nicht nur allein um Berlin, sondern um sämtliche Gemeinden des Verbandes Groß-Berlin als Tarifgemeinschaft handelt. Der Magistrat wäre nun verpflichtet gewesen, zur Erledigung dieser Fragen den dafür zuständigen Schlichtungsausschuß Groß-Berlins in der Schlegelstraße anzurufen. Im Gegensatz dazu rief er aber den dafür absolut unzuständigen Schlichtungsausschuß an, der aus dem Provisorium des Schiedsspruches vom 30. April hervorgegangen war, und der nur zuständig sei, sofern es sich um Schlichtungen von Zwistigkeiten handelt, die eben aus diesem Provisorium hervorgegangen sind. Der letzterwähnte, nicht zuständige Schlichtungsausschuß fällte nun Ende voriger Woche den Schiedsspruch, wonach die von den Hilfskräften beantragte Wirtschaftsbeihilfe als abgelehnt zu betrachten sei, machte im weiteren Verlauf den Hilfskräften zwar ein ge Konzessionen in bezug auf Mehrbezahlung, überging aber vollkommen dabei, daß in den den Arbeitgebern überreichten Tarifvertrag soziale Neuerungen in bezug auf das Anstellungsverhältnis als Forderung aufgestellt waren, an deren Erfüllung den Hilfskräften ungemein gelegen ist. Die kommunalen Hilfskräfte Groß-Berlins sind bis dato insofern rechtlos gewesen, als es ihnen nie möglich gewesen war, bei irgendwelchen, aus dem Anstellungsverhältnis sich ergebenden Rechtsstreitigkeiten das Bürgerliche Gesetzbuch bezw. das Handelsgesetzbuch für sich anzuziehen. Die Ignorierung all dieser, für die kommunalen Hilfskräfte so lebenswichtigen Fragen hat natürlich in den Kreisen der Kollegen begreifliche Erbitterung hervorgerufen. Dies sei ausdrücklich festgestellt, im Gegensatz zu all den Pressemeldungen verschiedener schlecht informierter Zeitungen, in denen die vollkommen unzutreffende Behauptung aufgestellt worden ist, daß es sich bei dem Arbeitsausschuß der Fachgruppe II (Siebzehnerausschuß) um eine kommunistische Brutstätte handeln solle, und daß die Kollegenschaft seitens des Ausschusses zum Streik aufgehetzt werde. Zur unbedingten Klärung dieser vollkommen aus der Luft gegriffenen Behauptungen darf nicht unerwähnt bleiben, daß der Arbeitsausschuß der Fachgruppe II aus einem Deutschnationalen, drei Demokraten, neun Mehrheitssozialisten und der Rest aus unabhängigen Sozialisten besteht. Diese Konstellation garantiere wohl am besten dafür, daß von Streikhetzerei aus der Mitte des Arbeitsausschusses überhaupt nicht die Rede sein kann. Wahr einzig und allein ist, daß, wie bereits erwähnt, in den Kreisen der kommunalen Hilfskräfte Groß-Berlins die Tatsache, daß sämtlichen Beamten die geforderte Wirtschaftsbeihilfe restlos gewährt worden ist, und daß nun mit einem Male den Hilfskräften die Tür vor der Nase zugeschlagen werden soll, ungeheure Erbitterung hervorgerufen hat. Der Arbeitsausschuß ist sich seinerseits über die auf ihm lastende Verantwortlichkeit keine Sekunde im Zweifel gewesen und hat bis in letzter Minute versucht, eine Einigung auf der Basis der den kommunalen Hilfsarbeitern bereits gewährten Löhne herbeizuführen. Der Arbeitsausschuß lehnt deshalb jede Verantwortlichkeit in bezug auf weitere Komplikationen ab, die einzig und allein denjenigen zuzuschreiben ist, die es an dem notwendigen Entgegenkommen haben fehlen lassen.

Die Stellung der Beamten.

Der Kommunalbeamtenverband Groß-Berlin hat an seine Mitglieder eine Erklärung erlassen, in der es u. a. heißt: Auch wir halten den Schiedsspruch für unzureichend. Eine Beteiligung am Streik kommt bei der gegebenen Sachlage für uns nicht in Frage. Als gewerkschaftliche Organisation sind wir aber nicht in der Lage, unseren Mitgliedern Arbeitsleistungen zuungunsten der Hilfsarbeiter zu empfehlen. Wir müssen hiervon aber unbedingt diejenigen Arbeitsleistungen ausnehmen, die als Notstandsarbeiten in lebensnotwendigen Betrieben, z. B. Versorgung der Kranken und Säuglinge, anzusehen sind.

Die Leidtragenden des Streiks.

Der Streik der Bureauhilfskräfte hat einen großen Teil der Berliner Bevölkerung recht empfindlich getroffen. Viele Männer und Frauen, die zur Erledigung dringender amtlicher Geschäfte ihre Lohnarbeit versäumen mußten, hatten Zeit und Lohnausfall umsonst geopfert. Am schmerzlichsten hatten die ärmsten Schichten der Bevölkerung unter dem Streik zu leiden. Da auch die Hilfskräfte in den Bureaus, die mit der Auszahlung der Unterstützung an Kriegerfrauen und Erwerbslose beschäftigt sind, mitstreikten, so wurde plötzlich um 12 Uhr mittags die Auszahlung der Unterstützung eingestellt. Der vergeblich erschienenen Kriegerfrauen und Erwerbslosen, denen die Not auf den Nägeln brennt, bemächtigte sich naturgemäß eine starke Erregung.

Statt Verhandlung Unterwerfung?

Nach einer Meldung des Wolffschen Bureaus erläßt der Magistrat an sämtliche Hilfskräfte die Aufforderung, die Arbeit bis spätestens Donnerstag, 8 Uhr früh, aufzunehmen, andernfalls sie sich als entlassen zu betrachten haben. Der Magistrat sei gewillt, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln den Betrieb in den Bureaus, insbesondere in den lebenswichtigen Verwaltungsstellen aufrechtzuerhalten und sich dabei auch nicht durch Androhung von Sabotage gegen amtliches Material zurückschrecken zu lassen. Der Magistrat werde sich, wenn erforderlich, in einem Aufruf zur Hilfe an die gesamte Bevölkerung wenden. Für den Schutz der Arbeitswilligen werde Sorge getragen werden.

Wir können im Augenblick nicht feststellen, ob diese Meldung den Tatsachen entspricht. Ein derartiges Vorgehen des Magistrats würden wir für sehr bedenklich halten und müßten davor eindringlich warnen. Die Möglichkeit, durch Verhandlungen den Konflikt beizulegen, halten wir durchaus noch für geboten. Nun dies erscheint uns in der Tat als die einzige Möglichkeit, ein gedeihliches Verhältnis zwischen Magistrat und Angestellten zu begründen und dauernd zu erhalten.

Gewerkschaftliches.

Unsoziale Maßnahmen der Oberpost-Direktion Berlin.

Die Oberpost-Direktion Berlin erläßt in der Tagespresse einen Aufruf zur Meldung von Anwärterinnen als Post- und Telegraphengehilfinnen. Dieser Aufruf muß in den Kreisen der Hilfsangestellten der Postverwaltung um so verwunderlicher erscheinen, als gegenwärtig nicht der geringste Bedarf an solchen Arbeitskräften vorliegt. Es sind im Gegenteil seit Monaten Bestrebungen vorhanden, die gegenwärtig im Bezirk der Oberpost-Direktion Berlin beschäftigten Aushilfskräfte erwerbslos zu machen. Diese Bestrebungen scheinen jetzt in die Tat umgesetzt werden zu sollen. Uns wird vom Fernsprechamt 6 gemeldet, daß dort Anfang dieses Monats 70 weibliche Telephonistinnen und in diesen Tagen weitere 50 gekündigt worden sind. Während man also auf der einen Seite eine ganze Schar von Arbeitskräften zur Bewerbung mobilisiert, werden auf der anderen Seite zur gleichen Stunde Massenentlassungen vorgenommen. Jahrelang eingearbeitete Kräfte werden jetzt ohne Not der Arbeitslosigkeit ausgeliefert. Eine solche Stellungnahme der Oberpost-Direktion Berlin muß als ganz unverantwortlich bezeichnet werden. Ganz besonders zu leiden haben unter dieser Maßnahme die Angehörigen des arbeitenden Volkes, zu dem das Aushilfspersonal gehört.

Der Herr Reichspost-Minister hat in einer Verfügung vom 15. September 1919 ausdrücklich erklärt, daß Entlassungen nur insoweit stattfinden, als sie mit Rücksicht auf die Verpflichtung zur Unterbringung von Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen, Versorgungsberechtigten, Militäranwärtern, Kriegsgefangenen und Beamten aus den besetzten Gebieten notwendig sind. Zu dieser Verfügung stehen die Maßnahmen einer untergeordneten Dienststelle im großen Widerspruch und es muß verlangt werden, daß das Reichspost-Ministerium, die gegenwärtigen Massenentlassungen aufhebt.

Konferenz der Erwerbslosenräte.

Eine Sitzung der Arbeitslosenräte Berlins und Umgegend behandelte die Fragen der Winterbeihilfe und den Organisationsplan für Preußen. — Wyder berichtete von den Verhandlungen mit dem Minister Schlicke, welcher die Kommission mit leeren Versprechungen abweisen wollte, dann aber, als das nichts half, etwas Entgegenkommen zeigte. Ueber 18 Jahre alte Erwerbslose, welche volle Erwerbslosenunterstützung beziehen, sollen nach 60tägiger Frist, in der Zeit vom 1. November 1919 bis 31. März 1920 eine Winterbeihilfe erhalten. Dieselbe beträgt bei ledigen den dreifachen Tagessatz der Unterstützung, bei verheirateten den vierfachen Tagessatz der Unterstützung, inklusive Familienzuschläge. Die Beihilfe wird monatlich nachträglich gewährt und kann auch in Sachleistungen bestehen. Genosse Wurm unterstrich die Ausführungen der Verhandlungskommission und stellte mit, daß im Stadtparlament beantragt sei, für männliche und weibliche Erwerbslose gleiche Unterstützungssätze zu geben. Von den Rechtssozialisten E. Brückner und Kunze sei dieser Antrag scharf bekämpft worden, ein nettes Verhalten dieser „Arbeitervertreter". Es sei dann gelungen einen gemeinsamen Beschluß dahin zu erzielen, daß weibliche Arbeitslose, welche nicht bei der Familie wohnen, die gleichen Sätze wie die männlichen erhalten sollen und hoffe er, die nächste Stadtverordnetensitzung wird diesem Kommissionsantrag zustimmen. Von den Vertretern der Vororte wurde die Wirtschaftsbeihilfe scharf kritisiert und als ein Almosen betrachtet, besonders für weibliche, die ein Kind hätten, würden nach zweimonatlicher Arbeitslosigkeit am Ende des dritten Monats 18 M. gezahlt. Es müsse sofort an den Neuaufbau der ganzen Erwerbslosenfürsorge gegangen werden. Goldschmidt berichtet über den Aufbau der Rätezeitung, welche von Anfang an die Erwerbslosentage kräftig unterstütze, und erinnerte an den Beschluß der Hamburger Reichskonferenz, die Rätezeitung obligatorisch einzuführen. Nach längerer Debatte wird dem zugestimmt. Joske gab die Einleitung zu dem Organisationsentwurf. Die Fürsorge habe in vielen Fällen versagt, da die leitenden Männer die Notlage nicht am eigenen Leibe spürten. Es muß ein enger Zusammenschluß unter Ausschaltung aller politischen Tendenzen stattfinden. Wir müssen von den Fehlern des Vollzugsrates lernen. Der Reichsarbeitslosenrat soll genau nach dem Rätesystem aufgebaut, die Frauen in größerer Zahl zur Mitarbeit herangezogen werden. Auch die Kriegsbeschädigten und Notstandsarbeiter müssen mitwirken. Ein monatlicher Beitrag von 10 Pf. soll erhoben werden, damit wir nicht von der Kommune abhängig sind. Es muß dringendste Aufgabe der Erwerbslosenräte sein, die Masse im revolutionären Sinne zu erziehen. Zur Landeskonferenz, welche am 24. und 25. d. Mts. in Berlin stattfindet, wurden Schumann-Berlin und Frau Altmann-Neukölln delegiert.

Zur Lohnbewegung in den Wurstfabriken.

Durch eine Vereinbarung mit den Fabriken und dem Zentralverband der Fleischer ist der alte Vertrag bis zum 30. Oktober 1919 verlängert worden, mit der Maßgabe, daß in der 1. und 3. Lohnklasse 30 Prozent und in der 2. Lohnklasse 30 Prozent Zulage ab 29. September erfolgt. Bis zum 30. Oktober soll versucht werden, einen paritätischen Arbeitsnachweis im Anschluß an die Stadt Berlin zu schaffen.

Die Wurstfabrikanten hatten sich bei den letzten Verhandlungen den Obermeister der Fleischerinnung zu Hilfe geholt. Man wollte nochmals den Versuch unternehmen, den gelb-christlichen Bund in das Tarifverhältnis aufzunehmen, was von den Vertretern des Verbandes auf das entschiedenste abgelehnt wurde. In den Mitgliederversammlungen des Verbandes in den Vororten wurde dieser Vereinbarung zugestimmt. Wenn bis zum 30. Oktober kein Tarifvertrag mit den Wurstfabrikanten zustande kommt, soll der Kampf mit den Einzelbetrieben aufgenommen werden.

Lohnbewegung im Schuh- und Lederhandel.

Die in den Lederengros-, Schuhengros- und Schuhfabriken beschäftigten Hausdiener und Arbeiterinnen, welche im Deutschen Transportarbeiterverband organisiert sind, nahmen am 9. Oktober in einer stark besuchten Versammlung Stellung zu ihrer Lohnbewegung. Die Arbeitgeber dieses Gewerbes haben an ihren Waren ständig enorme Gewinne eingesteckt. Empörung erregt die Mitteilung, daß die Arbeitgeber die Verhandlungen dadurch zu verschleppen trachten, daß sie den Empfang des eingereichten Lohntarifes bestreiten. Es gelangt eine Resolution zur Annahme, in welcher die Versammelten den schärfsten Protest erheben gegen die Verschleppung der Verhandlungen über den Tarifvertrag und die Wirtschaftsbeihilfe durch die Unternehmer. Sollten im Laufe dieser Woche die Verhandlungen nicht zum Abschluß gebracht sein, so sehen sich die Hausdiener und -dienerinnen gezwungen, sofort in den Streik zu treten.

Neue Lohnvereinbarung im Berliner Baugewerbe.

Nach mehrmaligen Verhandlungen zwischen dem Verband der Baugeschäfte von Groß-Berlin und dem am Vertrage beteiligten Organisationen der baugewerblichen Arbeiter ist ein Nachtrag zu den geltenden Tarifverträgen dahin abgeschlossen worden, daß allen im Hochbau beschäftigten Gruppen der Arbeitnehmer rückwirkend vom 1. Oktober ab eine Lohnerhöhung von 40 Pf. für die Stunde gewährt wird. Nachdem die Verhandlungen für das Hochbaugewerbe ihren Abschluß gefunden hatten, wurden die inzwischen abgebrochenen Verhandlungen für das Tiefbaugewerbe fortgesetzt. Auch hier wurde, rückwirkend vom 1. Oktober ab, eine Lohnerhöhung von 40 Pf. für die Stunde bewilligt. Für die Tiefbauarbeiter erhöht sich der Lohn ab 1. Januar um weitere 5 Pf. Wir ersuchen unsere Kollegen überall da, wo die Lohnerhöhung bis Sonnabend, den 18. d. M., nicht gezahlt wird, uns sofort Mitteilung zu machen.

*

Die Arbeitsvermittelung für die Gips- und Zementbranche findet abends von 4—5 Uhr im Zimmer 58 statt. Mittwoch wird die Betonbranche und Donnerstag die Gipsbaubranche aufgerufen. Wer ohne Entschuldigung fehlt, gilt als gestrichen. Die Arbeitsvermittelung für Maurer und Hilfsarbeiter findet von 5—6 Uhr im Zimmer 58 statt. Sonnabend wird keine Arbeit vermittelt. Vormittags findet also nur die Abstempelung und Neuausstellung von Kontrollkarten statt. Abmeldungen, Neuaufnahmen und Umschreibungen werden nur im Zimmer 46 entgegengenommen. Deutscher Bauarbeiterverband. Bezirksverein Berlin.

Lohnkampf der Warenhandwerker. Eine am Montag stattgefundene Versammlung aller in Waren- und Kaufhäusern beschäftigten gewerblichen Facharbeiter, Maschinisten und Heizer nahmen Stellung zu den bisherigen Tarifverhandlungen. Nur in nebensächlichen Fragen war eine Einigung zu erzielen. Die Arbeitgeber wollen die Tarife der einzelnen Berufe anerkennen. Dadurch würden die Branchen, welche keine Tarife haben, mit Löhnen bis 80 M. pro Woche entlohnt werden. Prinzipiell soll die 48stündige Arbeitszeit bestehen bleiben. Die Kündigungsfrist soll 7 Tage betragen. Von einem Mitbestimmungsrecht wollen die Unternehmer nichts wissen. Als letztes Angebot haben die Arbeitgeber vorgeschlagen: Bei einem Lohn bis 100 M. 20 M. Zulage, bis 130 M. 15 M., bis 180 M. 10 M. Zulage pro Woche. Für weibliche und jugendliche Arbeiter bis 50 M. 15 M., über 50 M. 10 M. Zulage pro Woche. Für Schneider und Schneiderinnen sollen die Vorschläge nicht gelten, da ein Tarif abgeschlossen sei. Bei Löhnen über 180 M. wolle man noch reden. Eine Vertrauensmännerversammlung lehnte dieses Angebot ab und beauftragte die Verbandsvertreter, nur auf Grundlage des eingereichten Tarifs zu verhandeln. — Nachdem die Verhandlungen gescheitert, erklärten die Arbeitgeber ihre Vorschläge zurückzuziehen. Zur Schlichtung empfehlen sie die Generalkommission der Gewerkschaften und die Hauptstelle der Groß-Berliner Arbeitgeberverbände. Von den Arbeitnehmern wurden diese Instanzen abgelehnt und die Berliner Gewerkschaftskommission oder der Schlichtungsausschuß vorgeschlagen. — Urich zeigte an dem Kampf in der Metallindustrie, wie die Unternehmer zum gemeinsamen Schlag gegen die Metallarbeiter, auch die gesamte Macht der Regierung. Die Noskejünger werden als Streikbrecher benutzt auf Kosten der Allgemeinheit. Ein Antrag, den Schlichtungsausschuß anzurufen, wurde einstimmig angenommen.

Richtigstellung. Vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter wird uns geschrieben: In Nr. 490 der „Freiheit" wird berichtet über eine Versammlung der Lohnkommission der Verbände der Transportarbeiter, Maschinisten und Heizer usw. für die städtischen Betriebe. Es wird darin behauptet, daß die Organisationsvertreter der Gemeindearbeiter sich gegen den Antrag auf höhere Entlohnung der Aushilfsarbeiter gewandt hätten. Diese Behauptung ist unrichtig. Der Vertreter des Verbandes der Gemeindearbeiter, Genosse Polenski, hat ausdrücklich die Forderungen der Aushilfsarbeiter, und zwar im Einvernehmen mit den anderen Verbänden, zum Ausdruck gebracht.

Groß-Berlin.

Aus dem Stadtparlament.

Wohnungsbeschaffung — Jugendfürsorge — Erhöhte Unterstützung für weibliche Erwerbslose.

In der gestrigen Sitzung ging der eigentlichen Verhandlung eine Kontroverse des Gen. Weyl gegen den Stadtrat Berndt voraus. Letztgenannter hat auf dem Parteitag der Deutschnationalen eine Haltung eingenommen, die allgemein als sehr bedenklich empfunden wird. Insbesondere wurde bemängelt, daß er einer Körperschaft angehört, die eine ungewöhnlich scharfe Entschließung antisemitischer Tendenz gutgeheißen hat. Das wurde von Gen. Weyl aufs schärfste kritisiert. Stadrat Berndt verschanzte sich hinter die verfassungsmäßig gewährleistete Meinungsfreiheit.

Zweifellos ist es ein unhaltbarer Zustand, wenn im Berliner Magistrat derart reaktionäre Herren sitzen. Das ist allerdings nur möglich, weil noch zu viel von der vormärzlichen Gemeindeverfassung in Kraft geblieben ist. Also hinweg damit.

Dann fand der Schiedsspruch des gemeindlichen Zentralausschusses in Sachen des Arbeiterlohntarifs debattelos Annahme. Einstimmig wurde auch angenommen, ein Bezirksjugendamt zu errichten und diesem die gesamte Jugendfürsorge zu übertragen. Zu diesem Zwecke sollen für den Rest des Rechnungsjahres 500 000 M. zur Verfügung gestellt werden.

Unserem Antrage entsprechend, wurde nach vorangegangener Ausschußberatung einstimmig beschlossen, den unverheirateten weiblichen Arbeitslosen, sofern sie einen eigenen Haushalt führen, die gleichen Unterstützungssätze zu gewähren wie den männlichen Erwerbslosen. Obwohl der Antrag seit Monaten schwebt, erklärte der Magistratsvertreter Kunze, nun erst mit der Reichsregierung in Verbindung treten zu müssen. Das wurde von allen Seiten mit Recht als große Saumseligkeit scharf kritisiert. Hoffentlich verhungern nicht allzu viele weibliche Arbeitslose, die jetzt bekanntlich nur 3,50 M. pro Tag erhalten, bis der Magistratsschimmel ans Ziel gehumpelt ist.

Ein recht unchristlicher Antrag von Pfarrer Koch und Genossen war von dem Bestreben diktiert, dem Magistrat bei Schaffung von Notwohnungen zugunsten der Inhaber großer Wohnungen in die Arme zu fallen, dagegen zu fordern, daß die armen Flüchtlinge, die in Deutschland Zuflucht haben suchen müssen, als „lästige Ausländer" abgeschoben werden. Ein Antrag der Abg. Cassel und Genossen, dem auch unsere Fraktion zustimmte, verlangte, daß energisch zugegriffen, aber jede unnötige Härte bei Zwangseinquartierungen vermieden werde. Demgegenüber erhoben unsere Genossen Einspruch gegen die Beschlagnahme von Gemeindeschulen zu Wohnungszwecken.

Stadtrat Löhning mußte anerkennen, daß ein solches Vorgehen nicht gutzuheißen sei, wenn dauernde Beschlagnahme beabsichtigt sei. Es komme aber nur eine vorübergehende Maßnahme bei den Schulen in Betracht, die ohnehin bis April wegen Kohlenmangels geschlossen werden müßten. Dem wurde mit gutem Grund entgegengehalten, daß doch auch die Leute mit Kohlen beliefert werden müßten, denen die Schulräume zum Bewohnen überwiesen werden sollen. Da wäre es im Interesse der schon während des Kriegsjahre arg vernachlässigten Schulkinder richtiger, einen geregelten Unterricht zu gewährleisten.

Achtung! Arbeiterräte der U. S. P. D.!

Am Donnerstag, den 16. d. M., nachmittags 3 Uhr, findet in den Andreas-Festsälen, Andreasstraße 21, eine Fraktionssitzung der U.S.P.D.-Arbeiterräte statt.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es unbedingte Pflicht aller Arbeiterräte, pünktlich zu erscheinen.

Der Fraktionsvorstand. J. A.: G. Stahlberg.

Kommunale Arbeiterräte.

Heute, Mittwoch, den 15. d. M., nachmittags 4 Uhr, findet im Bureau des Vollzugsrates, Münzstraße 24, eine Versammlung der kommunalen Arbeiterräte der U. S. P. statt. Der Fraktionsvorstand. gez.: Pfeiffer.

Erhöhung der Gemeindesteuer?

Wiederholt haben wir auf die Finanznöte der Gemeinden, deren Ausgaben ständig wachsen, eindringlich hingewiesen. In mehreren Berliner Gemeinden haben nun Kommunalpolitikerkonferenzen stattgefunden, die sich mit den Forderungen der Hilfsangestellten und den zu ergreifenden Maßnahmen beschäftigten. Durch den drohenden Streik der Angestellten und die dadurch entstehenden Mehrkosten wurden Vorschläge zur Erhöhung der Gemeindeeinkommensteuer und der indirekten Steuern gemacht. Es ist der Vorschlag gemacht worden, die Gemeindeeinkommensteuer von 300 auf 350 Prozent zu erhöhen. Weiter wurde vorgeschlagen, den Gaspreis auf 90 Pf. zu erhöhen. Ferner soll eine Erhöhung des Straßenbahntarifes vorgesehen werden. In den westlichen Vororten wurde von den Kämmerern der stärkere Ausbau der Lustbarkeitssteuer angeregt. In Wilmersdorf wurde z. B. der Vorschlag gemacht, die Hundesteuer zu erhöhen und eine Dienstbotensteuer einzuführen. Auch die indirekten Steuern müßten erhöht werden. Vorläufig sind all diese Steuererhöhungen noch Projekte. Es soll in nächster Zeit jedoch eine neue Konferenz der Kämmerer einberufen werden, in der man sich über die weitere Ausgestaltung des Steuerwesens klar werden wird.

Keine Krankenmilch.

Seit Wochen wurde die Krankenmilch immerhin noch mit einiger Pünktlichkeit und Sicherheit geliefert, so daß außer den versorgungsberechtigten Kindern auch Kranke den ihnen nach gründlichen Prüfung seitens der Vertrauensärzte zugesprochenen meist äußerst geringen Anteil an Milch erhalten konnten. Gestern war in vielen Milchgeschäften Berlins die angelieferte Menge so gering, daß sie kaum für die Belieferung der Kinderkarten ausreichte. Die meisten Kranken Berlins haben gestern keine Milch erhalten.

Hier müssen schleunigst alle Mittel angewandt werden, um diesen unerhörten Zustand zu beseitigen. Die Regierung muß hier eingreifen und durch energische Maßnahmen die sabotierenden Junker zur Vernunft bringen.

Verkehrsnachrichten. Der Postfrachtstückverkehr nach den Niederlanden wird von jetzt ab wieder aufgenommen. Die Unterbrechung des Postfrachtstückverkehrs nach den Niederlanden ist zum Teil auf Schwierigkeiten zurückzuführen, die durch die unrichtige Ausfüllung der Zollinhaltserklärungen seitens der Absender entstanden sind. Die niederländische Zollverwaltung verlangt neuerdings zu statistischen Zwecken sehr genaue Angaben in bezug auf Gattung, Zahl, Wert und Gewicht jeder Warenart. Zur Flugpostbeförderung sind fortan auch Drucksachen zugelassen. Außer der postordnungsmäßigen Drucksachengebühr ist ein Flugzuschlag zu entrichten, und zwar bis 20 Gramm 10 Pf., über 20—50 Gramm 40 Pf., über 50—100 Gramm 80 Pf., über 100—250 Gramm 120 Pf., über 250—500 Gramm 240 Pf., über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 480 Pf.

„Hübsches, junges Mädchen gesucht." Unter dieser Ueberschrift wurde von einem Neukölner Photographen vor acht Tagen durch eine Anzeige ein junges, hübsches Mädchen von etwa 18 bis 22 Jahren gesucht. Es meldete sich darauf u. a. auch die 17 Jahre alte Arbeiterin Anna Hesse aus der Leinestraße 50 zu Neukölln. Der Photograph verwies sie an einen Maler Neubaus in der Uhlandstraße 19 zu Charlottenburg. Dorthin hat sich dann auch das junge Mädchen gewandt, ohne bisher zurückzukehren oder etwas von sich hören zu lassen. Nachforschungen ergaben, daß ein Maler solchen Namens dort gar nicht wohnt. Der Photograph weigert sich, nähere Auskunft zu erteilen. Jetzt beschäftigt sich die Neukölner Kriminalpolizei mit dem geheimnisvollen Verschwinden des jungen Mädchens, das 1,60 Meter groß ist, dunkelblondes Haar und braune Haare hat und ein Samtkleid mit weißem Kragen und einen grauen Paletot mit schwarzem Pelzkragen trug.

Eine Räuberbande. Von Räubern überfallen wurde eine Schankwirtin in der Pappel-Allee 56. Bei ihr kehrte nachmittags um 3 Uhr ein Arbeiter Franz Mecklenburg ein und machte eine Zeche, ohne bezahlen zu können. Trotzdem kam er um 6 Uhr abends mit einem Kraftwagen vorgefahren und brachte noch vier Mann mit. Mit diesen zechte er von neuem und fing dann mit den anderen Gästen Streit und Schlägerei an. Die Gegner waren jedoch ihm und seinen Zechgenossen überlegen. Das veranlaßte Mecklenburg, mit seinen Freunden wegzufahren, um Hilfe zu holen. Um 10 Uhr abends fuhren drei Kraftdroschken und eine Pferdedroschke vor mit Mecklenburg und 20 Mann. Mecklenburg und seine Kolonne schlugen kurzerhand die Türscheibe ein und drangen mit geladenen Pistolen in der Hand in den Schankraum vor. Hier raubte die Bande die Kasseite mit 70 bis 80 Mark, für 400 Mark Zigaretten und mehrere Flaschen Schnaps. Dann schlugen sie die übrigen Flaschen und die Gläser in Scherben, drangen in die Küche ein, zertrümmerten hier Tische und Stühle und alles Geschirr und fuhren mit ihrer Beute davon. Das Raubdezernat ermittelte, daß die Bande in einer Wirtschaft am Alexanderplatz zu verkehren pflegte. Nachdem es gestern abend festgestellt hatte, daß sich mehrere Mitglieder mit ihrem Führer Mecklenburg dort wieder aufhielten, drang Kriminalkommissar Lehnerdt mit den Beamten des Dezernats und 50 Mann der Reichssicherheitswehr ein und stellte 200 Gäste beiderlei Geschlechts. Mecklenburg und mehrere Mitglieder seiner Kolonne und acht weitere Verbrecher, die ebenfalls schon gesucht wurden, wurden in Haft genommen.

Auf offener Straße verhaftet wurde gestern ein Spezialist auf dem Gebiete des Betruges, der seit längerer Zeit gesucht wurde. Ein 21 Jahre alter Uhrmacher Friedrich Bärwalde ging von Haus zu Haus und bot sich zum Ausbessern der Uhren an. Weil er ein lahmes Bein hat, so glaubte man ihm die Vorspiegelung, daß er Kriegsbeschädigter sei, hatte Mitleid mit ihm und gab ihm vertrauensselig die Uhren mit. Seine Wohnungsangabe erwies sich jedoch hinterher als falsch. Bärwalde erbeutete Hunderte von Uhren, bis er gestern abend einem Betrogenen in der Kaiserstraße in die Hände lief. Der Mann erkannte ihn wieder und ließ ihn auf der Stelle festnehmen.

Kalte Wohnungen, warme Kirchen? Auf unsere Notiz in Nr. 486 teilt uns Herr Pfarrer Kniele mit, daß die von uns angegebenen 5500 Zentner Brennstoff nicht allein für die fünf evangelischen Kirchen in Neukölln bestimmt seien. Mit den

Kirchen seien vier große Gemeindehäuser verbunden. Die festgesetzten Mengen entsprechen dem bereits um 50 Prozent eingeschränkten tatsächlichen Bedarf an Brennstoffen für die Kirchen. Eine Heizung der eigentlichen Kirchenräume erfolge nur bei eintretender Kälte. Nur ein kleiner Bruchteil des Gesamtbedarfs werde zu diesem Zwecke verbraucht.

Die Heimsendung der deutschen Internierten aus Polen hat nunmehr begonnen. Der erste Transport aus Szczypiorno trifft voraussichtlich morgen in Kreuz ein. Die Polen begannen auch mit der Entlassung solcher gerichtlich Verurteilter und Angeklagter, deren Fälle klar liegen. Wegen schwierigerer Fälle wird demnächst mit den polnischen Justizbehörden verhandelt.

Aus Kriegsgefangenschaft zurückkehrende Seminaristen können Auskunft über Unterbringung in Sonderlehrgängen (falls in Berlin und Umgebung beheimatet) durch den Leiter der Reichsauskunftsstelle: Adolf Koch, Berlin S. 42, Brandenburgstr. 71 I, erhalten. Sprechzeit Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 10—11½ Uhr vorm.

Der Restaurateur Robert Reusch bittet uns mitzuteilen, daß in seinem Lokal Weberstraße, Ecke Elisabethstraße, keine Waffen abgeladen worden sind. Dies wird uns von Genossen seines Bezirks bestätigt.

Arbeitslosenräte Berlins und der Vororte! Am Donnerstag, den 16. Oktober, nachmittags 2 Uhr, findet eine Vollversammlung sämtlicher Arbeitslosenräte im Bureau des Arbeiterrates der Arbeitslosen Berlins, Klosterstraße 92, statt. Der Arbeiterrat der Arbeitslosen Berlins.

Achtung! Gastwirtsangestellte. Heute vormittag ½10 Uhr findet in der Arbeiterbildungsschule, Schicklerstr. 5, der Zahltag der in der U. S. P. organisierten Gastwirtsgehilfen statt. Auch Gäste haben Zutritt.

Brieftasche verloren am Sonntag auf dem Bahnhof Grünau. Inhalt über 1300 M., eine Damenuhr und eine Quittung über 100 M. für Zeichnung der Verlagsgesellschaft „Freiheit“. Gegen hohe Belohnung abzugeben bei H. Wussow, Berlin, Rüdersdorfer Straße 50.

Die Volkshochschule Berlin-Lichtenberg wird am 17. Oktober, abends 7½ Uhr, im Festsaal des Cecilien-Lyzeums, Rathausstraße 8, mit einem Vortrag des Unterstaatssekretärs z. D. Dr. Baege über das Thema „Aufgaben und Aufbau der Volkshochschule“ bei freiem Eintritt eröffnet werden.

Lebensmittelkalender.

Spandau. Mittwoch amerikanisches Weizenmehl ½ Pfund. Schiffer erhalten 1 Pfund. Anstelle des amerikanischen Weizenmehls kann die gleiche Menge inländisches Weizenmehl bezogen werden.

Mittwoch werden in den städtischen Schuppen und im Lagerschuppen Schulz, Schönwalder Straße 92, frisch eingetroffene große Tafeläpfel zum Preise von 70 Pfg. pro Pfund in Mengen von 25 Pfund direkt an Verbraucher abgegeben.

Stralau. Am Sonnabend 250 Gramm Haferflocken, für Jugendliche 200 Gramm Maismehl, 500 Gramm Kartoffelwalzmehl, 250 Gr. Bohnen. Die Abschnitte sind bis Mittwoch abzugeben.

Johannisthal. Von Freitag ab 250 Gramm ausl. Hülsenfrüchte, 250 Gramm Suppen in Paketen, 250 Gramm amerik. Weizenmehl, 250 Gramm Marmelade, ein Päckchen Milchsüßspeisen, zwei Suppenwürfel, Sonderausgabe für Kinder von 1—6 Jahren 250 Gramm Kindergerstenmehl.

Aus den Organisationen.

8. Distrikt, 1. Abt., Wassertorviertel. Mittwoch abends 7 Uhr Zusammenkunft Wassertorstr. 71.

10. Distrikt, 1. Abt. Mittwoch abends 7 Uhr Versammlung bei Büttner, Schwedterstr. 23. Bericht von der Bezirks- und Verbandsgeneralversammlung. Diskussion. Mitgliedsbuch legitimiert.

Charlottenburg. Aktionsrat Donnerstag 7 Uhr abends Sitzung im Volkshaus. Erscheinen aller gewählten Kommissionsmitglieder dringend erforderlich.

Neukölln. Heute Mittwoch wichtige Sitzung des erweiterten Vorstandes bei Gütig, Schönstedt-, Ecke Donaustraße, abends 7 Uhr. — **11. Bezirk.** Idealklause, Niemetzstraße, Donnerstag abends 7 Uhr.

Tegel. Mittwoch abend 7½ Uhr Mitgliederversammlung in der Schulaula, Treskowstraße.

Reinickendorf-West. Freitag 7 Uhr abends Extra-Zahlabend: Reorganisation und Stellungnahme zur Generalversammlung.

Röntgental, Zepernick. Heute Mittwoch, abends ½8 Uhr Zahlabend beim Genossen Uebler, Siemensstadt. Erscheinen sämtlicher Genossinnen und Genossen notwendig.

Vereinskalender.

Kaufmännische Angestellte der Putz-Detailgeschäfte. Mittwoch abends 7 Uhr im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11/12, Versammlung. Unsere Forderungen für den neuen Tarif. Zentralverband der Angestellten, Sektion Bekleidungs-Industrie.

Zentralverband der Angestellten, Fachgruppen 14/15. Donnerstag, abends 7 Uhr, Haverlands Festsäle, Neue Friedrichstraße 35, gemeinsame Sitzung aller Sektionsleitungsmitglieder beider Fachgruppen. Tagesordnung: Unsere nächsten Arbeiten.

Zentralverband der Lederarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands, Ortsverein Berlin 2. Monatsversammlung Donnerstag, den 16. Oktober, abends 7 Uhr, Prinzenallee 33.

Bund der technischen Angestellten und Beamten, Ortsverwaltung Nord-West I. Heute abend in der Patzenhofer-Brauerei, Turmstraße 26/28, Mitgliederversammlung.

Hauptgasschutzlager Adlershof. Donnerstag vormittag 11 Uhr in Böhers Festsälen, Weberstr. 17, Versammlung sämtlicher arbeitslosen Kollegen und Kolleginnen. Wichtige Tagesordnung.

Intern. Bund der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, Bezirk Süd-West. Mittwoch abends 7½ Uhr Mitgliederversammlung in der Patzenhofer-Brauerei, Fidicinstr. 2/3. Ausweise mitbringen.

Internationaler Bund der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen. Mittwoch, abends 7½ Uhr, im Lokal Braunschweiger Hof, Schillingstr. 37: Redner- und Funktionärkursus. — Vollversammlung der Betriebsvertrauensleute. Donnerstag, den 16. d. M., nachmittags 4 Uhr, Alt-Moabit 55/58, Nord-West-Kasino.

Internationaler Bund der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen Tempelhof-Mariendorf. Mittwoch, den 15. Oktober, abends 8 Uhr, bei Streiter, Chausseestr. 27, Mitgliederversammlung.

Jugendliche Betriebsvertrauensleute und Schülerräte der Fach- und Fortbildungsschulen. Donnerstag, abends ½8 Uhr, Vollversammlung Groß-Berlin im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 10. Wichtige Tagesordnung. Pünktlich 8 Uhr Zentralsitzung.

Freie Jugend, Schönhauser Vorstadt. Mittwoch 7 Uhr abends außerordentliche Gruppenversammlung im Lokal „Zum Strauß“, Pappelallee 25.

Gruppendelegierte der Freien Jugend. Sitzung am Mittwoch abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal 11.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin“. Sonntag Studienfahrt nach den Rüdersdorfer Kalksteinbrüchen. Abfahrt 6,10 Uhr Schlesischer Bahnhof bis Fredersdorf. Gäste willkommen!

Arbeiter-Eltern-Bund. Mittwoch, den 15. Oktober, nachmittags 5 Uhr, Märchenvorlesung in der Schulaula, Hohenlohe-Straße. Eintritt 10 Pfg., Kinder von Mitgliedern frei.

Aus den Kinos.

Bis Donnerstag einschl. gelangen zur Aufführung:

Merkur-Palast, Palisaden-, Ecke Strausberger Straße. Erstaufführung: „Heldin der Liebe“. — **Residenz-Lichtspiele,** Blumenstr. 10: „Die lichtscheue Dame“. — **Richard-Oswald-Lichtspiele,** Köpenicker Straße 68: „Die Arche“. — **Schauburg,** Potsdamer Platz. „Jettatore“. Ein heißer Tag mit Paul Heidemann. — **Hufeland-Lichtspiele,** Hufelandstr. 45. „Rächer der Tod“. „In einer Nacht“. — **Lichtspiel-Palast,** Schweizer-Garten, Am Friedrichshain 29/31. Viggo Larsen persönlich in „Graf Spleen“.

Transportarbeiter-Verband. Donnerstag, abends 6 Uhr, Branchenversammlung der Hausdiener, Packer aus den Papier-, Pappen-Engros-Firmen Berlins im „Alexandriner“, Alexandrinenstr. 37 a. Die Branchenleitung.

Gastwirtsangestellte! Mittwoch, den 15. Oktober, vorm. 9½ Uhr, Zahltag in der Arbeiter-Bildungsschule, Schicklerstr. 5.

Arbeiter-Wanderbund „Naturfreunde“, Bezirk Berlin. Mittwoch nachm. 4 Uhr Besichtigung der Pilzausstellung im Märkischen Museum. — Sonntag, den 19. Oktober: I. Melchow, Nonnenfließ, Abf. 5.50 Uhr Stett. Bhf.; II. Finkenkrug, Brieselang, Abf. 6.45 Uhr Lehrter Bhf.; III. Tegel, Stolpe, Treffp. 1 Uhr Tegel (Straßenbahn). Gäste willkommen.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Neukölln. Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Spezial-Abteilung
Uniformenfärben, In-Zivil-Umarbeiten
In schwarz, blau, braun, grün und Cover-Coat-Farbe in 8 Tagen
sowie
Wenden, Umarbeiten, Neuarbeiten v. Herren- u. Damen-Garderobe in 3 Tagen
Original echt engl. Stoffauswahl
Jeder Artikel wird außerdem gefärbt in 6 Tagen
Trauersachen in 48 Std.
BASCH & BUCZKOWSKI
Centrum 7119. Friedrichstraße 68 I. Centrum 7119.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.
Bureau: Melchiorstraße 26, part. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, 4787 — **Filiale Berlin** — Arbeitsnachweis: Germaniastr. 13. Fernsprecher: Amt Norden, 8791—97.

Donnerstag, den 16. Oktober, abends 7 Uhr, bei Wilke, Sebastianstraße 39:

Verwaltungssitzung

mit den Arbeiterausschüssen und Vertrauensleuten der Baumaler und der Küchenmöbel-Branche.

Da sehr wichtige Beschlüsse gefaßt werden müssen, so muß jede Werkstelle vertreten sein.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83-85.
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Achtung! Achtung!

Am Donnerstag, den 16. Oktober 1919, abends 6 Uhr, in den Andreas-Sälen, Andreasstr. 21

Sitzung der erweiterten Ortsverwaltung mit den Arbeiterräten der Metallindustrie.

Tagesordnung: 1. Kritik des Betriebsrätegesetzes. Referent: Gen. Dr. Goldschmidt. 2. Diskussion.

Für die Mitglieder der erweiterten Ortsverwaltung legitimiert die gestempelte Legitimationskarte und Mitgliedsbuch oder Streikkarte. Die Arbeiterräte legitimieren sich durch die Arbeiterratskarte und Organisationsausweis des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Die Ortsverwaltung.

Achtung! Achtung!

Arbeiter-Betriebsräte
(Arbeiter-, Angestelltenausschüsse, Funktionäre)
der gesamten Holzindustrie.

Mittwoch, den 15. Oktober 1919, abends 6½ Uhr, findet in Haverlands Festsälen, Neue Friedrichstraße 35 eine

Große Funktionärversammlung der gesamten Holzindustrie
statt.

Tagesordnung:
Der Zusammenschluß in der Holzindustrie.
Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist vollzähliges Erscheinen der gesamten Funktionäre unbedingt notwendig. Betriebsausweise erforderlich.

Vollzugsrat Groß-Berlin.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin
Bureau: Berlin SO. 16, Rungestr. 30.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz Nr. 10023 und 3578

Achtung! Holzarbeiter! Achtung!

Im Anschluß an die Versammlung über den Zusammenschluß der Holzindustrie, die heute, **Mittwoch, abends 6½ Uhr, in Haverlands Festsälen, Neue Friedrichstr. 35,** stattfindet, nehmen die Berliner Holzarbeiterfunktionäre Stellung zum Metallarbeiterstreik. Berichterstatter ist ein Mitglied der Fünfzehner-Kommission.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Kürschner-Verband
Filiale Berlin
Bureau und Arbeits-Nachweis: NO 43, Weinstr. 8, part. Fernspr.: Amt Kgst. Nr. 2764.

Heute, Mittwoch, den 15. Oktober, abends Punkt 7 Uhr:

Große öffentliche Versammlung

aller in der Pelzbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in den Musiker-Sälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 31.

Tagesordnung:
1. Der abgeschlossene Tarifvertrag und seine Durchführung. Referent: Kollege A. Regge. — 2. Diskussion. — 3. Verschiedenes.

Kollegen, erscheint in Massen!

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstraße 83/85.
Geschäftszeit von vorm. 9 bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Achtung! Metalldrücker! Achtung!

Die für Donnerstag, den 16. Oktober angesetzte Versammlung, findet **nicht** statt.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Todesanzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Kollegen und Kolleginnen verstorben sind:

Der Bohrer
August Prabutzki
Zwinglistraße 10, am 11. d. M. Einäscherung am Donnerstag, den 16. d. M., vorm. 11 Uhr, im Krematorium, Gerichtstraße.

Die Arbeiterin
Therese Hellwig
Rüdersdorfer Straße 56, am 11. d. M. Beerdigung am Mittwoch, den 15. d. M., nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Auferstehungskirchhofes in Weißensee.

Die Arbeiterin
Hedwig Droschzik
Gubener Straße 5, am 9. d. M. Beerdigung am Mittwoch, den 15. d. M., nachm. 3½ Uhr, von der Leichenhalle des St. Antoniuskirchhofes in Wilhelmsberg.

Nachruf.

Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Kollegen und Kolleginnen verstorben sind:

Der Schlosser
Louis Müller
Schöneberg, Hohenfriedbergstraße 23, am 11. d. M.

Der Schlosser
Hermann Zimmermann
Gr. Frankfurter Straße 52, am 11. d. M.

Die Arbeiterin
Klara Müller
Gleimstraße 57, am 4. d. M.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands.
Filiale Groß-Berlin.

Am Sonntag, den 12. Oktober 1919, verstarb unser Mitglied der Töpfer
Max Höft
(Bezirk Wilmersdorf)
im Alter von 40 Jahren an Lungenentzündung.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 16. Oktober, nachm. 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Wilmersdorfer Friedhofes, Berliner Straße, statt.

Der Vorstand.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden meiner lieben, herzensguten, unvergeßlichen Frau, unserer guten Mutter, Tochter, Schwiegertochter, Schwägerin und Tante
Lina Holland, geb. Schüler,
sprechen wir auf diesem Wege unseren tiefgefühlten Dank aus.
Berlin, Suhl, Albrechts, im Oktober 1919.
Im Namen aller Hinterbliebenen
der schwergeprüfte Gatte Friedrich Holland u. Töchterchen.

Nach längerem schweren Leiden entschlief im St.-Hedwigs-Krankenhaus meine liebe Mutter, Schwester und Schwiegermutter
Johanna Jahns
im 61. Lebensjahre.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Johanna Lehmann, geb. Jahns.
Selma Kruschinsky als Schwester.
Max Lehmann.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 16. Oktober, 3 Uhr nachmittags, von der Halle des Friedhofes Pappelallee aus statt.

Für die uns erwiesene Teilnahme beim Heimgange unseres lieben Entschlafenen
Karl Raumer
sagen wir allen Freunden und Bekannten sowie dem Wahlverein Neukölln (U. S. P.) unsern herzlichsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Am 11. Oktober starb nach langem, schwerem Leiden mein lieber Mann, der Schmied
August Joseph Prabutzki,
im 62. Lebensjahre. Die Einäscherung findet Donnerstag, den 16. Oktober, vormittags 11 Uhr, im Krematorium Gerichtstrasse statt.
Dies zeigt tiefbetrübt an
Martha Prabutzki, geb. Ekowski, Zwinglistraße 10.

Danksagung.

Allen Verwandten und Bekannten, insbesondere den Kolleginnen und Kollegen der A. E. G., Ackerstr., Abt. Meters, sowie dem Deutschen Metallarbeiter-Verband und den Vereinen sagen wir hiermit für die rege Beteiligung und sonstigen erwiesenen Ehren bei dem Begräbnis unserer Tochter, Schwester, Schwägerin und Braut Clara Schiller unseren herzlichsten Dank.
Familie August Schiller, Gleimstr. 57, Julius Pursch als Bräutigam.

Zigaretten
englische wie deutsche nur bekannte Marken
Winkler, Schmidstraße 30 Ecke Schäferstr.

Küchenmöbel, allerbeste Tischlerarbeit, weiß lackiert und naturlasiert. Küchenmöbelfabrik Grüner Weg 71.

Schreibmaschinen
sichtbare Schrift, gut erhalten, kauft sofort gegen Kasse. Preis, System und Nummer. Hugo Schroeder, Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 82. Wilh. 4720.

Platin, Gold, Silber, Quecksilber, Metallabfälle, Kupfer, Messing, Zinn, Zink, Blei, Werkzeuge kauft zu den höchsten Tagespreisen Kottbuser Damm 66. Moritzplatz 13580.

Platina
Gramm bis 65 Mk.,
Gold, Silber, Zahngebisse bis 1000 Mk., Platina-Stiftzähne bis 45 Mk. kauft
Hausdorf,
Palisadenstraße 11, v. II.

Spiralbohrer kauft Böck, Charlottenburg, Röntgenstraße 12.

Photoapparate
Ankauf Tausch Verkauf
Photo-Steckelmann. W. 9. Potsdamer Str. 135.

Zahle Provision
für den Nachweis elektr. Installationsarbeiten
NW. 52, Paulstraße 18. Telephon: Moabit 9190.

Gelegenheitskauf. Kragen und Muff (Eisvogel) für Mädchen, neu. Besichtigung von 1—6 und Sonntags vorm. Gneisenaustr. 69 I rechts.

Spiralbohrer, neue, jeden Posten kauft Technische Bedarfsartikel, Kuglerstr. 12 v. 4, ab 5.

Landparzellen
Kolonie Röntgenhöhe-Zepernick, ½ Std. vom Stettiner Vorortbahnhof, günstig gelegen, mit bestem Boden für Obst- u. Gemüsezucht. Parzellen von 1800 Mk. an, auch bei kleinerer Anzahlung zu günstigen Zahlungsbedingungen. Ständiges Wohnen im Sommerhäuschen erlaubt. Kolonisten Fahrpreisermäßigung.
W. Koschatzky
C 54, Rosenthaler Str. 39. Norden 2002. 9—½4

....7. Sept. 19.
Meine Tochter hatte s. 3 Jhr. off. Füße, nichts hatte bisher geholf. Da las ich Ihre Anz. üb. Crinolsalbe u. ließ mir aus d. Apoth. 1 Dos. schicken. Bald nach d. erst. Anwend. konnte sie schon mit dem ganz. Fuß auftreten, während sie seit d. 3 Jahre nur auf d. Zehen geh. konnte. Ich spreche Ihnen meinen Dank aus. J. P.
Crinolsalbe wirkt gegen off. Füße, Beinleiden, Flechten, böse Finger, Hautausschläge usw. Dose 2,10 i. Apotheken erhältlich.
Dep.: Germ.-Apoth. Lothringer Str. 60; Gust.-Ad.-Ap., Kolonie-Str. 1; Apo. a. Schl. Tor, Skalitzer Str. 72; Diana-Ap., Turmstr. 28.

Raucherdank!
Rasch, gesch., ermögl. in einig. Tagen d. Rauchen ganz od. teilw. zu unterlassen. Amtl. begutacht. Wirk. verbl. Vollst. unschädl. Tägl. Anerk. Ausk. ums.
Institut Englbrecht
München R. 21, Kapuzinerstr. 9.

Spezial-Arzt
Dr. med. Lommer
Geschlechts-, Haut-, Frauenl.
Behandl. schnell u. sicher ohne Berufsstörung. Teilzahlung.
Brunnenstr. 185
(Nahe Rosenthal. Pl.). Sprechz. 9—1 u. 4—8 U., Sonnt. 9—12 U.

Elektrische Leitungsdrähte, Kabel, Litzen, Spulen, Dynamodrähte u. Motoren kauft
Borgwardt,
Prinzenstraße 64, Moritzplatz 3363.

Platin
Gramm bis
M. 80.-
kauft Metallkontor Alte Jakobstraße 138, Moritzplatz 12888.

Stottern
schweres Sprechen etc. Dauerheilung sofort! Neues ärztl. Verfahren. Aufklär. Schrift umsonst. G. Naeckel (Psycho-Institut), Neukölln, Neckarstr. 5.

Elektromotore
Gleichstrom u. Drehstrom kauft
Ingenieurbureau Schlichting
Berlin W 9, Linkstr. 10.
Tel.: Lützow 3705 und 8518.

Elektrische Leitungsdrähte Kabel — Litzen Kleinere Dynamodrähte kauft höchstzahlend
Silbermann
Neue Königstrasse 32 Fernspr. Alex. 2115.

Kaufe
höchstzahlend
Kabel, Litzen, Motore, Leitungsdrähte, Schreibmaschinen, sowie sämtl. Installationsmaterial.
Elektr. Werkst. Neukölln
Kottbuser Damm 96, Eingang Schinkestr. Tel.: Moritzpl. 8157.

Kaufe jeden Posten Kupferleitungen, Kabel zu den höchsten Preisen. Elektrobüro, Lange Str. 27 I, Ecke Andreasstraße. Alex. 3939.

Kupfer,
sämtlich. Metallabfälle, Quecksilber, Gold, Silber, Platin kauft Metalleinkauf Schulzendorfer Straße 2.

Felle aller Art **gerbt,**
Pelze reinigt
Gerberei Neukölln
Hermannstr. 8

Spiralbohrer, Feilen kauft Werkzeug-Zentrale, Lange Str. 14. Eing. Krautstr.